

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pro Nummer: 10 Pf.  
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Verles-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benfsh-Strasse 2.

Dienstag, den 1. August 1899.

Expedition: SW. 19, Benfsh-Strasse 3.

### Arbeiterschutz und Unternehmertum.

Anlässlich der Debatten über die Zuchthausvorlage ist in unserer Parteipresse vielfach auf den mangelnden Respekt hingewiesen worden, den man in den Kreisen des Unternehmertums den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der gewerblichen Arbeiter entgegenbringt aus dem einfachen Grunde, weil man dort genau weiß, daß derartige Verfehlungen gegen die Autorität der Gesetze seitens der mit ihrem Vollzug beauftragten Behörden in den meisten Fällen eine solche nachsichtig-milde Beurteilung zu teil wird, daß jedes energische Zugreifen im gegebenen Falle als nahezu ausgedehnt betrachtet werden kann. Der vor kurzem der Öffentlichkeit übergebene Bericht der Gewerbe-Inspektion in Elsaß-Lothringen für das Jahr 1898 wirft auf diese bedauerlichen Zustände ein neues, äußerst bezeichnendes Schlaglicht, bei dem angeht die amtlichen Eigenschaften seines Urhebers jeder Verdacht einer einseitigen Beleuchtung von vornherein als hinsichtlich erloschen muß. Die Schwierigkeiten, welche der staatlichen Gewerbe-Aufsicht aus der Kenntnis des Unternehmertums gegen die Durchführung der gesetzlichen Arbeiterschutz-Vorschriften erwachsen, werden an einer ganzen Reihe von Beispielen dargelegt, die so recht augenfällig erkennen lassen, mit welcher geringfügigen Verachtung besonders die Herren Großindustriellen, die sich doch fast durchweg als die sichersten Stützen unserer staatlichen „Ordnung“ hinzustellen beabsichtigen, auf die „Majestät des Gesetzes“ pfeifen, wenn es gilt, ihre Unternehmerrgwinne gegen unangenehme Antastungen seitens der Autorität des Staates in Schutz zu nehmen.

Der Aufsichtsbeamte für Oberelsaß stellte in 81 Betrieben zusammen 806 Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften zum Schutze jugendlicher Arbeiter fest. Zur Kenntnis des Beamten gelangten jedoch nur drei Verurteilungen der Arbeitgeber beziehungsweise ihrer Vertreter. Ein polizeilich verwarnter Ziegeleibesitzer erhielt wegen geschwinderiger Beschäftigung von zwei Mädchen unter 14 Jahren 100 Mark Geldstrafe; die beiden Kinder mußten von morgens 6 bis abends 7 Uhr 20 Minuten, also einschließlich der Pausen 13 1/2 Stunden arbeiten. Die Schutzvorschriften für Arbeiterinnen wurden in 14 Betrieben 102 mal übertreten, aber Verurteilungen der Arbeitgeber kamen nicht zur Kenntnis des Beamten. In den Buchdruckereien sind die Vorschriften, trotz der im Vorjahre ergangenen Verurteilungen, nur in wenigen Betrieben zur Ausführung gekommen und bis heute ist in dieser Richtung nichts getan worden. Resigniert äußert sich der Gewerbeinspektor hierüber: „Nach den diesjährigen Erfahrungen glaube ich die schon im vorjährigen Berichte ausgesprochene Ansicht, daß sich die Befolgung der Vorschriften nur bei Anwendung gerichtlicher Strafen wird durchführen lassen, aufrecht halten zu können.“ In einer Sägemühle waren im Transmissionskeller alle bewegten Teile unbedeckt, beziehungsweise nicht eingetriedigt; bei der Revision wurden in diesem Keller zwei Kinder von 5 und 8 Jahren gefunden, welche Sägemehl holen sollten. Nur mit Mühe konnte der Müller von der Notwendigkeit der Schutzvorrichtungen überzeugt werden. Seitens eines Betriebsleiters wurde die Meinung ausgesprochen, die Vor- und Einrichtungen für den Arbeiterschutz würden nur verlangt, damit der Aufsichtsbeamte in seinem Berichte damit „renommiere“ und schreiben könnte, was alles gemacht worden sei. Dabei war der letztere in der Lage, sofort nachzuweisen, daß dieser Herr von Unfällen in seinem eigenen Betriebe keine Kenntnis hatte. In der Schneidemühle eines Bauunternehmers war vor zwei Jahren ein Arbeiter dadurch sehr schwer verletzt worden, daß eine Transmissionswelle ihn an den Kleidern erfaßt und einige Male herumgeschleudert hatte. Da auch hier einfache Vorrichtungen nichts nützten, so wurde durch eine besondere Polizeiverfügung für Abhilfe gesorgt. Durch eine aus betriebstechnischen Gründen vorgenommene Aenderung des Zuganges zum Transmissionskeller wurde auch eine Aenderung der damals angebrachten Schutzvorrichtungen bedingt. Anstatt diese vorzunehmen, wurden letztere an der betreffenden Stelle ganz fortgelassen. Die Folge war ein gleicher Unfall. Wegen Nichtbeachtung der Polizeiverfügung wurde jetzt eine Strafe von sechs Mark verhängt — für zwei Unfälle, von denen der eine nach des Aufsichtsbeamten eigener Feststellung eine „sehr schwere Verletzung“ eines Arbeiters zur Folge hatte. Zur Beleuchtung des Wertes, der zuweilen den Polizeivorurteilungen beigemessen wird, führt der Bericht u. a. das folgende Beispiel an: Ein Steinbruchbesitzer, der bereits wiederholt auf die Nichtbeachtung der Vorschriften einer ergangenen Polizeiverordnung aufmerksam gemacht worden war, frag, ob man denn wirklich diese Vorschriften befolgen müsse. In seinen Mitteilungen über die Vorfälle klagt der Beamte über das geringe Verständnis, das die Meister gegenüber den elementarsten Begriffen der Reinlichkeit und der Fürsorge für ihre Arbeiter besitzen. „Ich habe bis jetzt so bemerkt, er noch keinen Meister gefunden, der freiwillig Verbesserungen herbeigeführt hätte. Durch Einzelverfügung hier Remedur zu schaffen, würde immer als Härte, und meines Erachtens auch mit Recht, aufgefaßt

werden, da die Zustände bei den Konkurrenten in den meisten Fällen nicht besser sind.“

Mit welchem Raffinement seitens der Fabrikanten, Direktoren u. verfahren wird, wenn es gilt, den Beamten bei seinen dienstlichen Revisionen über die Zustände in den Betrieben zu täuschen und sich den unangenehmen Folgen des Zuwiderhandelns gegen die Arbeiterschutzvorschriften zu entziehen, das erhellt u. a. aus den folgenden Mitteilungen des Berichtes. In einer Spinnerei und Weberei des Oberelsaß wurden sämtliche Arbeiter länger als zehn Stunden beschäftigt. Der Leiter des Betriebes wurde bestraft. Ein junger Bursche wurde während der Mittagspause beim Ruhen seiner Maschine angetroffen. Ein schriller Pfiff beim Eintreten des revidierenden Beamten in den Arbeitsaal verhinderte die Feststellung weiterer Zuwiderhandlungen. Um eine Kontrolle der gesetzlichen Pausen unmöglich zu machen, greifen manche Direktoren zu dem Trick, die Fabrikurten falsch zu stellen. Ein Spinnereidirektor erhielt dafür 30 M. Geldstrafe, ein anderer wegen Verschneidung der Pausen 500 M. Die Strafkammer setzte die Strafe auf 50 M. herunter. Zu diesem außerordentlich milden Urteil bemerkt der Aufsichtsbeamte: „Beim Vergleich dieser Strafe mit der zuerst angegebenen ist zu berücksichtigen, daß es sich hier um einen Betrieb mit ungefähr 450 Arbeitern handelte, in dem allein 69 Jugendliche beschäftigt wurden.“

Wenn es unter diesen Umständen den Unternehmern gelingt, selbst in solchen Fällen, wo der gute Wille zur Verfolgung der Schuldigen vorhanden ist, der zugreifenden Hand der Strafjustiz mit der Glätte eines Vales zu entweichen, so ist das nicht weiter verwunderlich. Die kaiserliche Oberstaatsanwaltschaft Colmar hatte eine diesbezügliche Verfügung erlassen, um durch schärferes Zupacken in Fällen von Uebertretungen der Unternehmer den besonders in den Ziegeleien herrschenden, teilweise geradezu standalösen Zuständen etwas energischer zu Leibe zu gehen. Der Aufsichtsbeamte vermag diesem Bestreben des Justizbeamten seine Anerkennung nicht, hält es aber für ziemlich erfolglos, weil es ein Kunststück sei, die Sünden so zu erwischen, daß man ihnen eine Uebertretung nachweisen kann. In andern Fällen scheiterte die wirksame Fabrikaufsicht freilich auch an der mangelnden Unterstützung, die ihr seitens der Justizbehörden zu teil wurde. Der Bericht erwähnt hierzu das Beispiel einer Kleiderfabrik, die sich drei Jahre lang der Kontrolle entzog und 14 Mädchen unter 21 Jahren sehr häufig bis spät in die Nacht hinein beschäftigte. Einen Strafantrag seitens des Gewerbeinspektors lehnte die Staatsanwaltschaft ab — trotz der Schutzverordnung für die Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche.

In wohlklingendem Gegensatz zu dieser offenkundigen Feindschaft, die das Unternehmertum den Gewerbe-Aufsichtsbehörden und der ihrer Uebervachung unterstellten Arbeiterschutz-gesetzgebung entgegenbringt, erkennt der Bericht der reichs-ländischen Fabrikinspektoren offen die erzieherische Wirkung der Arbeiterorganisationen an, indem er u. a. ausführt: „Die Durchführung der nach Ziffer 13 der Bundesratsvorschriften für Buchdruckereien erlassenen Verbote (des Essens in den Arbeitsräumen) wird den Arbeitgebern im ganzen geringe Mühe kosten, weil die Arbeiter durch ihren Verband an Disziplin gewöhnt und geschult worden sind.“ Diese verständnisvolle Würdigung der Bedeutung unserer Arbeiterorganisationen und ihrer Aufgaben im Kampfe gegen die Präntationen eines übermächtigen Unternehmertums sticht wohlthuend ab von den Hezereien jener Echarismacher, deren socialpolitische Ideale sich darin erschöpfen, die Arbeiterschaft der wenigen ihr noch zu Gebote stehenden Rechte zu berauben, um sie dann schutzlos der Willkür des ausbeutenden Kapitalismus preiszugeben.

Für die in der Socialpolitik unserer Regierungen maßgebenden Kreise aber ergibt sich aus den Berichten der reichs-ländischen Fabrikinspektoren von neuem die Erkenntnis, daß dem Thatendrang unserer Polizei- und Justizbehörden noch ein weites Feld offen steht, ehe an sie die Notwendigkeit herantritt, durch draconische Strafbestimmungen das gewerbliche Arbeitsverhältnis gegen die imaginäre Gefahr gemeingefährlicher Ausschreitungen der Arbeiterschaft zu schützen und dadurch den schwächeren Teil im Widerstreit der Klasseninteressen auch des letzten Rückhaltes zu berauben, der ihm in der Freiheit der Koalition und der Ausnützung der sich aus dieser ergebenden Machtmittel zu Gebote steht.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 31. Juli.

#### Die Post ist aus.

Die Friedenskonferenz wurde am Sonnabend geschlossen. Ein Schlupfprotokoll ist aber doch noch unterzeichnet worden. Nachdem diese Arbeit vollbracht war, hielt der „Vorsitzende“, Baron Sinau, russischer Staatsrat, eine Rede, in der er sich und die Konferenz zu den vollbrachten Leistungen beglückwünschte. Darauf noch ein paar Glückwunschkreden oder Toaste, die sicher ganz ehrlich gemeint waren, schließlich der Aufenthalt im „Haus zum Busch“ bei der Hitze recht ungemütlich geworden war. Und endlich die letzte Schlussrede durch den nieder-

ländischen Vertreter, de Beaufort, Minister des Aeußern von Holland. Nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ hob der Mann hervor, „wenn die Konferenz nicht die Träume der Utopisten habe verwirklichen können, so habe sie doch die düsteren Voraussagungen der Pessimisten Lügen gestraft. Die moralische Wirkung ihrer Beratungen sei schon offenbar, sie werde sich mehr und mehr fühlbar machen und nicht verschlen, sich in der öffentlichen Meinung in augenfälliger Weise kund zu thun. Sie werde den Regierungen eine mächtige Unterstützung bei ihren Bestrebungen gewähren, die Frage der Begrenzung der Rüstungen zu lösen, welche eine ernste und gerechte Sorge der Staatsmänner aller Länder bleiben werde. Redner gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, der Kaiser von Rußland möge in dem Einsehen verdoppelter Thatskraft zur Fortführung des von ihm unternommenen Werkes den wirksamsten Trost für die schmerzliche Prüfung, die er durchgemacht hat, finden.“

Worin die „düsteren Voraussagungen der Pessimisten“ bestanden haben sollen, ist uns leider nicht mitgeteilt. Die „düsterste“, die wir kennen, ist daß die Konferenz ein gigantisches Fiasko sein werde — und dies ist eingetreten in einem Umfang, den die Propheten wohl kaum geahnt haben. Daß eine der Konferenzmächte die Komödie so grausam illustrieren und persiflieren werde, wie die englische Regierung dies durch die Einführung der Dum-Dum-Geschosse und den Kriegsspektakel mit Transvaal schon gethan hat, eine so „düstere Voraussagung“ ist unseres Wissens von niemand gewagt worden. Der Laube des niederländischen Ministers, die Konferenzarbeiten würden den Bestrebungen zur Begrenzung der Rüstungen eine „mächtige Unterstützung“ geben, ist entschieden höchst achtungswert, ja geradezu bewundernswert, da er mit den Thatsachen im schroffsten Gegensatz steht. Aber je größer und schroffer der Gegensatz, desto verdienstlicher der Glaube.

Also Ehre dem niederländischen Minister des Aeußern, von dem wir bloß bedauern, daß er nicht Minister des Aeußern in Rußland ist. Er könnte dann den Jaren vielleicht bestimmen, die 200 Millionen Rubel, die er — der Jar — als außerordentliche Ausgabe für Armee und Flotte dekretiert hat, den verhungerbenden Unterthanen zukommen zu lassen. Und vielleicht könnte er ihn überzeugen, daß dies eine Friedenskundgebung sei, über welche die Welt nicht lachen würde, wie über die Friedenskonferenz.

Es ist schwer, ernsthaft von dieser Komödie zu reden. Aber hervorgehoben sei doch, daß die gesamte socialistische Presse aller Länder einstimmig darin gewesen ist, die Komödie zu brandmarken und die Wahrheit zur Geltung zu bringen, daß es nur eine Friedensgesellschaft giebt, welche Macht hat und Einfluß: die internationale Socialdemokratie, — und daß die Befestigung des Militarismus und die Begründung des Weltfriedens eins ist mit dem Siege des Socialismus über den Kapitalismus.

### Bisatz-Prügel.

Kürzlich gab es aus dem Ministerium der Geistesfreiheit etwas Wunderbares, nämlich etwas Vernünftiges und Fortschrittliches zu berichten: In einem Erlaß vom 1. Mai hatte sich das Kultusministerium gegen die körperlichen Züchtigungen in der Schule ausgesprochen, die „nur im äußersten Falle, wenn andere Disciplinarmittel nicht gebräuchlich sind, oder bei besonders schweren Vergehungen erfolgen dürfen.“

Der Erlaß gerichtet der ganzen Duntelmans-Gesellschaft zum Vergnügen. Es muß geprügelt werden — so beteuerten die Junkerorgane. Prügel ist die Hauptsache — klang es aus den Centrumsblättern. Und Herr Boffe ist schnell von seiner Verirrung in die „Humanitätsduselei“ bekehrt worden; auch dieser Keger hat sich läßlich unterworfen. In einem endlosen Gegenerlaß vom 27. Juli widerruft Herr Boffe den früheren Erlaß, indem er ihn angeblich auslegt:

„Der Erlaß geht davon aus, daß die Befugnis der Lehrer, erforderlichenfalls auch körperliche Strafen anzuwenden, nicht in Frage gestellt werden soll. Es handelt sich lediglich darum, Vorfrage zu treffen, daß die Anwendung dieses letzten und äußersten Strafmittels durchaus auf die dazu geeigneten Fälle beschränkt bleibt, und daß dabei jeder zu harten, heftigen und inhumanen Ausschreitung nachdrücklich vorgebeugt wird.“

Hatte der frühere Erlaß verfügt, daß in den Schulen, welche unter einem Rektor oder Hauptlehrer stehen, körperliche Strafen „nur unter Zustimmung des Leiters der Schule anzuwenden sind; in den anderen Schulen ist die Zustimmung des Schulinspektors einzuholen; wo dies durch die örtlichen Verhältnisse erschwert oder verhindert wird, ist alsbald nach Anwendung der Strafe über Grund und Art der Züchtigung dem Schulinspektor Anzeige zu erstatten“, so wird das jetzt in sein Gegenteil ausgelegt:

„daß es durchaus im Rahmen dieser Bestimmung liegt, wenn ein Lehrer, um entarteten Schülern gegenüber zu den von ihm für notwendig erachteten Züchtigungen sofort schreiten zu können, bei Vernehmung der Verhältnisse seiner Klasse sich mit dem Rektor oder Schulinspektor allgemein darüber verständigt, daß gewisse undotmäßigen Schülern gegenüber eine ernste Züchtigung bei neuen Fällen von Ungehörigkeit, Trödel oder Faulheit zu verhängen sei. Im allgemeinen und als Regel aber möchte ich bei der, den Lehrern nach der Verfügung vom 1. Mai zu gebenden Instruktion



festgehalten sehen, daß die bei ernstlichen Vergehenden notwendigen Bütigungen nur nach beendeter Unterrichtsstunde und, sofern irgend ausführbar, nach Besprechung mit dem Hauptlehrer, Rektor oder Schulpfleger vorgenommen werden.

Schließlich werden die Eltern abgefanzelt, die ihre Kinder mit dem Inhalt des Erlasses vom 1. Mai in einer Weise bekannt gemacht haben, welche die Autorität des Lehrers in den Augen der seiner Erziehung und väterlichen Zucht anvertrauten Kinder ernst gefährdet. Ja, wenn die Eltern in dieser Weise ihre Kinder belehren sollten, daß das Prügelein menschenunwürdig sei, so steht die Unterrichtsverwaltung nicht dafür ein, wenn von den Lehrern — gleichsam in berechtigter Notwehr — auch das Bütigungsrecht überschritten werden sollte.

Wenn Osvilligkeit und Unverstand es auf diese Weise der Unterrichtsverwaltung zur Vermeidung größerer Uebelstände unmöglich machen sollten, Ausschreitungen des Bütigungsrechts überall wirksam vorzubeugen, so würde sich die Unterrichtsverwaltung frei wissen von der Verantwortung für Fälle, wie sie der Anlaß zu der Verfügung vom 1. Mai d. J. waren.

Damit wird die Verantwortung für körperliche Mißhandlungen von Schülern — den Eltern zugeschoben.

In jedem Falle kann weiter gepöbeln werden! Natürlich, wie es im Reichs-Böse Sitte ist, mit „thunlichstem“ Maßhalten. Herr Bösse ist der Mann des „Thunlichst“. Die Wissenschaft muß frei sein, soweit es thunlich ist. Ein Gelehrter darf eine Meinung haben, nur muß er sie thunlichst in einer anstößfreien „Form“ aussprechen; sonst wird er gebelbrütet. Das Prügelein ist thunlichst einzuschränken, aber natürlich steht dem Lehrer das gesetzliche Recht zu, wenn es nötig ist, auch den Stoß zu brauchen. Kurz, man muß thunlichst das Gute thun, nur ist das Gute zumeist nicht thunlich.

Herr Bösse hat sich selbst widerrufen. Die Bildungspolitik erstreckt sich selbst auf die Rohrstock-Taktik! —

## Deutsches Reich.

**Weltere Opfer der Bremer Unruhen.** Aus Bochum wird berichtet: Am 28. Juli erschienen wieder 5 Vergleute vor den Schranken des hiesigen Landgerichts. Die Betroffenen waren seit den Vorgängen in Herne in Haft; nur einer von ihnen wurde freigesprochen. Die Verurteilung des 17-jährigen P. P. zu einem anscheinend nach der „Recht von der Weid“ auf Arbeit gehenden Kameraden: „Frei, bleib du von der Schicht, damit dir nichts passiert“, brachte ihm wegen „versuchter Mordtötung“ 6 Monate Gefängnis. Zwei andere haben je einen Kameraden mit dem Stoß gepöbeln; Urteil: 9 resp. 12 Monate Gefängnis. Der Bergmann Th. H. K. soll noch am 29. Juni eine Versammlung unter den Streikenden geplant haben, mit einem „roten Hähnlein“ in der Hand habe er sich mit seinen Verbündeten nach einem freien Feld begeben wollen; die Polizei verhinderte aber die Zusammenkunft. Wegen groben Unfug und Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Befehle erhielt er drei Monate Gefängnis und drei Wochen Haft. — Auch mit Ausweisungen geht man bereits vor. Eine Familie kam gestern mit Polizeibegleitung hier an und soll an die böhmische Grenze „geschickt“ werden, weil das Familienhaupt sich an der Agitation für den Bremer Streik beteiligt hat.

**„Der Kaiser kommt!“** In der „Heimlich-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ lesen wir:

Der Tag der Dortmund-Messe des Kaisers ist noch völlig unbestimmt. Wenn die Lokalblätter Termine angeben, so ist das nichts als Propaganda. Nach der „M. B. Z.“ dürfte der Besuch erst 2 bis 3 Tage vorher bekannt werden. Das Blatt empfiehlt deshalb, die Aufschwüchung der Stadt möge beschleunigt werden. Als kuriose Folge dieser dauernden Empfangsbereitschaft ergibt sich hieraus, daß Dortmund vielleicht einige Wochen lang als jubelnde Feststadt dastehen wird. Der Weg, den der Kaiser in der Stadt zurücklegt, beträgt 7 Kilometer und diese ganze Strecke wird laut Beschluß der Stadtkommission, die sich gemessen, aller Welt den schlechtesten Zustand des Dortmunder Pflasters zu offenbaren, mit Sand bestreut. Dieser schämige Beschluß löst den Steuerzahlern allein 30 000 M., d. h. mit jowiel hofft man auszukommen.

Wenn es nun beim Empfang regnet, wird sich der Sand in einen Sumpf verwandeln und trotz der 30 000 M. ist Dortmund blamierter wie ohne die Pflasterarbeiten. Vielleicht gelingt es auch, die kommenden Gäste über das Dortmunder Bahnhofsland hinwegzuführen. In diesem Zweck sollte man sich einige tüchtige Theatermaler kommen und von ihnen den peinlichen Bahnhofsübergang am Burgthor mit Coullissen wegwünseln lassen.

Der „Verl. Kol.-K.“ weiß aus „bester Quelle“ den wirklichen Grund der Abgabe der Kaiserreise mitzuteilen. Die Ursache ist die tiefgehende Verstimmung über die Aufnahme gewesen, die das — Dielefelder Telegramm des Kaisers in einem Teile der Presse gefunden hat. Der Kaiser habe auf hoher See den Wortlaut dieser Depesche festgehalten, der lediglich die „Kanalarvorlage“ und keineswegs das „Zuchthausgesetz“ im Auge hatte. Da kamen die vielfach so unfreundlichen Kommentare, man sprach von Einstürzungen aus der „kleinen, aber mächtigen Partei“ der Kanalgegner, so daß der Kaiser, darüber höchlichst erzürnt, kurzer Hand seinen Besuch in Dortmund abgeben ließ. Es ergingen die lakonischen Telegramme an die beteiligten Minister.

Herr Krupp, dem es die Dortmund-Schulden sollen, wenn der Kaiser nun doch komme, hatte die folgende Eingabe an das Gosmar-Holländisch-Gesandtschaftsgericht:

„Ich bitte Ew. Excellenz berichten zu dürfen, eine wie große Bedeutung der von Sr. Majestät geplante Besuch des bergischen Landes haben würde. Ich habe mich durch eigenen Augenschein überzeugen können, mit welchem Enthusiasmus man den bevorstehenden Besuch erwartete, und welche tiefe Niedererschlagenheit die Abgabe seiner Majestät Besuch hervorgerufen hat. Wenn es in meiner Macht liegt, durch Verzichtleistung auf die Freude des lakonischen Besuches bei mir auf Billig Hängel den Besuch des bergischen Landes zu ermöglichen, so bin ich gern bereit, das schwere Opfer zu bringen. Mit der Abänderung dieser Möglichkeit möchte ich den Beweis liefern, welches Interesse es hätte, wenn dieser Teil unseres Vaterlandes, in dem seit einem halben Jahrhundert kein Landesherr gewesen, des Kaisers Majestät die Ehre Sr. allerhöchsten Anwesenheit und damit dem vorzüglichen Geiste der Bevölkerung eine verdiente Anerkennung zu teil werde ließe. Ich wäre Ew. Excellenz zu großem Danke verpflichtet, wenn der Inhalt dieses Briefes zur Kenntnis Sr. Majestät gelangen würde.“

**Herr Sprenger.** Dem neuen Decreten im Reichsamt des Innern für Socialpolitik, Herrn Geheimrat Dr. Sprenger, rühmt die „Volkzeitung“ nach, daß seine alljährlichen Berichte ein großes Verständnis für die Arbeiterfragen bezeugen. Das haben auch wir nicht geleugnet, wie wohl selbst die „Volkzeitung“ nicht verhehlt, daß sich in den Berichten des Herrn Sprenger „auch Bemerkungen finden, die anders gedeutet werden können.“

Weiter aber schreibt die „Volkzeitung“: „Es ist auch nicht richtig, wenn der „Vorwärts“ Herrn Sprenger als Gegner der Arbeiterorganisation hinstellt. Wenigstens demer der Umstand, daß er in Gewerkschaften Vorträge gehalten hat, nicht darauf hin.“ Wir müssen gestehen, an die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben wir, als wir von Arbeiterorganisationen sprachen, allerdings nicht gedacht. Sider ist, daß Herr Sprenger noch vor nicht allzulanger Zeit es ablehnte, mit den Vertretern der Organisation der Bäckerarbeiter zu verhandeln. Gesah dies etwa als und weil Herr

Sprenger gar schon die Berufung ins Ministerium in der Tasche hatte? Oder versteht er auch jetzt noch zwar mit Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftern, lehnt aber den Verkehr mit den viel größeren und bedeutenderen Gewerkschaften ab?

Selbstfalls hat sich Herr Sprenger durch jene Ablehnung den guten Ruf eines einsichtigen Socialpolitikers verschert. —

**Mit der Auflösung des Reichstags** spielt die „Kreuzzeitung“. Das Blatt meint, in Sachen der Zuchthausvorlage sei noch nicht das letzte Wort gesprochen, und es hofft,

„daß die Fühlung mit den Wählern und die feste Stellungnahme der Regierung doch noch zur Annahme der Vorlage führen könnte. Die „Frankfurter Zeitung“ allerdings ist entgegengesetzter Ansicht, sie hält die „endgültige“ Ablehnung des Entwurfes im Herbst für sicher und glaubt auch, in diesem Falle werde die Regierung von einer Auflösung des Reichstags absehen. Wir halten dem doch mehr von der „socialpolitischen Ansicht“ der sogenannten staatsbehaltenden Parteien, als daß wir glauben könnten, alle die Lehren der letzten Zeit könnten von ihnen in den Wind geschlagen werden. Unter diesen „Parteien“ darf man freilich nicht die Reichstagsfraktionen verstehen; denn bei den Wahlen würde der Wind wohl ein wenig anders wehen als bei der ersten Lesung des Arbeits-Gesetzes, und welchen Einfluß dieser Wind haben würde, dürfte sich schon im weiteren Verlaufe der parlamentarischen Verhandlung des zum Jubel der Socialdemokratie so schöne behandelten Entwurfes zeigen.“

Wir möchten der Regierung dringend raten, den Wahlwind zu probieren. —

**Köller, der Retter in der Not.** Der Freisinnslügel der Schleswiger Städte hatte bekanntlich in den letzten Jahren durch Erhöhung des Wahlensteuersatzes dafür gesorgt, daß die Teilnahme der Arbeiterschaft an den städtischen Verwaltungen ausgeschlossen war. Nun hat aber das Ober-Verwaltungsgericht entschieden, daß alle diese Erhöhungen des Wahlensteuersatzes nach dem Inkrafttreten des Einkommensteuer-Gesetzes vom 1. April 1892 unzulässig waren. Die Socialdemokraten schieden sich bereits in Fällen in Betracht kommenden Städten an, die neugeschaffene Schöpfung für sich auszunutzen. Da erscheint der Herr Oberpräsident von Köller auf dem Plan und verlangt zur Korrektur des Erkenntnisses des Ober-Verwaltungsgerichts in Bezug auf die Auslegung des Gemeindeführer-Gesetzes in Schleswig-Holstein sobald wie möglich die Einföhrung des Dreiklassenwahlrechts dafelbst, um den unteren Klassen der Bürgerchaft die Teilnahme an der Kommunalverwaltung zu sichern, zugleich aber die Gemeinden vor einer Klassenherrschaft der Socialdemokratie zu schützen. —

**Verurteilung der Jugend.** Vor der Warburger Strafkammer stand letzte Tage der Kandidat der Medizin Josef Klett. Er hatte sich wegen Tierquälerei zu verantworten. Klett befand sich am Abend des 11. April gegen 11 Uhr in der Nikolaischen Gastwirtschaft, wo noch 10—12 Gäste saßen. Einer derselben hatte aus Scherz dem Klett eine Kaffebohne ins Bier geworfen, worüber Letzterer aufgebracht wurde. Er wollte fort und ließ seinen Zettel. Dieser aber folgte nur widerwillig und ließ sich von den anderen Gästen herbeirufen. Darüber ergrimmte Klett noch mehr und mit den Worten: „Wollt ihr einen toten Hund sehen?“ nahm er den Zettel, begab sich mit ihm auf die Straße, schlug ihn an den Hinterbeinen und schlug ihn mehrmals aufs Cementtrottoir, so daß er leblos wurde. Dann nahm Klett das Tier und begab sich damit in das Wirtshaus zurück, wo er es mit den Worten: „Nun seht ihr, daß ich mein Wort gehalten habe“, in die Stube warf. Nach der Aussage eines Zeugen rief die Handlungswiese allgemein Mergernis hervor und man bezeichnete sie als „Gemeinheit“. Auch soll der Hund verhandelt haben, sich nochmals aufzurichten, worauf ihm Klett einen Fußtritt gab, ihn abermals erschte, um ihn draußen zum zweitenmal aufs Trottoir zu schlagen und dann ins Wasser zu werfen. Klett war dieserhalb beim Schöffengericht angeklagt wegen Tierquälerei. Er behauptete in der damaligen Verhandlung, er habe schon immer die Wüste gehabt, den Hund zu töten, weil derselbe unvorsam gewesen sei und sich stets von anderen Leuten hätte herbeirufen lassen. Am Abend des 11. April sei er nun ohnehin ärgerlich gewesen und so habe er in der Aufregung seine Absicht, den Hund zu töten, ausgeführt. Uebrigens sei der Hund schon bei dem erstmaligen Aufschlagen tot gewesen. Außerdem habe er das Recht gehabt, seinen Hund zu töten. Die Zeugen sind zum größten Teil anderer Ansicht und einer behauptete, das Tier habe unweifelhaft noch gelebt, als Klett mit ihm in das Gastzimmer zurückgeführt sei und es in die Stube geworfen habe. Das Schöffengericht hatte daraufhin Klett freigesprochen. Gegen dieses Erkenntnis hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Klett blieb in der Berufungs-Verhandlung bei seinen ersten Aussagen. Der Staatsanwaltschafts-Vertreter bemerkte in seinen Ausführungen, die Handlungswiese des Angeklagten sei um so schwerer zu beurteilen, als er sich doch sicher zu den Gebildeten rechne. Bildung aber besitze nicht darin, daß man sich etwa auf einer Unwissenheit ein gewisses Maß von Kenntnissen aneigne, sondern in angemessenem sittlichen Verhalten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Wochen. Das Urteil lautete wegen Tierquälerei und groben Unfugs auf eine Geldstrafe von 40 M.

## Chronik der Gewaltthätigkeiten.

Aus Buer wird dem „Wochener Volksblatt“ geschrieben: „Wie man sich irren kann! Nach dem Rechtsbewußtsein des Volkes müßte ein Beamter, der seine Stellung zu Hebergriffen benutzt, besonders streng bestraft werden. Das Schöffengericht von Buer steht auf einem anderen Standpunkt. Vor demselben hatte sich der Steiger Buschmann von Jede „Worthern“ wegen Mißhandlung eines Pferdejugens zu verantworten. Buschmann war nicht Vorgesetzter des Mißhandelten, doch wollte er demselben eines Tages kommandieren, über die Arbeitszeit hinaus im Gefähr zu bleiben. Als er die Antwort bekam, es sei doch Feierabend, griff er den Jungen an den Hals, schlug ihn auf den Kopf, zerschmetterte die Hand, dann aber wie sinnlos mit dem Meterstock, so daß der Mißhandelte wie tot zu Boden sank. Ob, wie von anderer Seite behauptet wurde, E. auch mit der Lampe geschlagen, konnte der Paltratierte selbst nicht einmal behaupten, weil er gleich nach den ersten Schlägen bewußtlos geworden. Der Staatsanwalt hielt eine strenge Strafe hier am Platze. Er bemerkte noch besonders, daß bei ähnlichen Vergehungen gegen Vergleute mit aller Strenge vorgegangen werde. Erschwerend für die Beurteilung komme in Betracht, daß der Angeklagte wegen gleichen Vergehens schon einmal vorbestraft sei. Mildernde Umstände könnten nur dann zugestanden werden, weil Buschmann in seiner Eigenschaft als Beamter gehandelt!!! Der Herr Staatsanwalt hielt daher eine Geldstrafe von 100 M. für angemessene Sühne! Das Gericht schloß sich diesem Antrage an.“

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

**Wetöfi-Gedächtnisfeier.** Aus Anlaß des 80. Todestages des Dichters Alexander Wetöfi fanden Sonntag liberal in Ungarn Gedächtnisfeiern statt. Unter Anwesenheit von Vertretern der Regierung, des Reichstags, der Komitate, der Behörden, literarischen und künstlerischen Gesellschaften, Lehranstalten und Vereinen wurden in Budapest und in Segesdar vor den Denkmälern des Dichters glänzende Festlichkeiten veranstaltet. Bei der Feier vor dem Budapest-Wetöfi-Denkmal trug Kozis Jolai, der ein Jugendfreund Wetöfis ist, ein Festgedicht vor. Nach dem Absingen einer Hymne wurden Kränze am Fuße des Denkmals niedergelegt. Auch am Denkmal in Segesdar sind eine große Anzahl von Kränzen niedergelegt worden.

In Budapest bemühten die Arbeiter die Gelegenheit zu einer Demonstration. In geschlossenen Reihen, zwanzigtausend Mann stark, zogen sie unter dem Ruf: „Allgemeines Wahlrecht! Ohne

Berechtigung kein Vaterland! Brot und Freiheit!“ zur Wetöfi-Statue, wo sie zwei Kränze niederlegten. Einen Arbeiter, der das konföderierte Parteiorgan emporhielt, wollte die Polizei verhaften, mußte aber wegen der drohenden Menge davon Abstand nehmen.

## Holland.

**Amsterdam, 27. Juli.** (Fig. Ver.) In den letzten Wochen haben in Holland die Gemeinderatswahlen stattgefunden. Der Ausgang war ein großer Erfolg für unsere Partei, nicht sowohl was die Gewinnung von Mandaten, als was den Fortschritt der Stimmengahl betrifft. Kandidaten brachten wir nur in einer Anzahl Dörfer der Provinzen Friesland und Groningen durch und in den Städten Binschoten, Arnhem und Harlem. In letzterer Stadt, wo auch die Mitglieder des Socialistenbundes in Vereinigung mit unserer Partei an der Wahl teilnahmen, gewannen die Arbeiter fünf von zehn Mandaten. In einer Reihe anderer Gemeinden unterlagen wir erst in der Stichwahl. So in Groningen, Zwolle, Amsterdam, Utrecht und zum größten Entzehen der katholisch-konservativen Partei, auch in Wageningen, im Herzen des katholischen Südens. In Amsterdam besteht noch einige Aussicht, daß wir in einer günstigen Nachwahl siegen.

Die Erhöhung unserer Stimmengahl innerhalb zwei Jahren ist sehr erfreulich. Die Zahl der Wahlberechtigten ist für die Gemeinderatswahlen ungefähr die gleiche wie für die Kammerwahlen, so daß ein Vergleich sich ermöglicht. In Amsterdam hat die Stimmengahl sich gesteigert von 1150 auf 3100, in Rotterdam von 800 auf 1500. In Arnhem hatte in einem der drei Wahlkreise der socialdemokratische Kandidat jetzt ebensoviele Stimmen wie 1897 in der ganzen Stadt. Ueberall ist Fortschritt, nirgends Rückgang. In Gemeinden, wo wir vor zwei Jahren gar nicht landbierten, erzielen wir jetzt sehr nennenswerte Erfolge.

Kurz, die Socialdemokratie Hollands hat wieder gezeigt, daß sie in stetigem, kräftigem Aufschwung ist. —

## Frankreich.

**Die „Affaire“.** Der „Figaro“ hat mit den neuen Veröffentlichungen zur „Affaire“, die er vor einigen Tagen ankündigte, begonnen. Zunächst publiziert er einen Brief des verstorbenen Obersten Sandherr an den damaligen Chefredacteur des „Echo de l'Armée“ Zivry, vom 8. Januar 1895, in welchem Sandherr diesen auffordert, keinen Artikel über Geständnisse des Drehfus zu veröffentlichen. Drehfus habe keine Geständnisse gemacht, es sei daher von Geständnissen des Drehfus nichts zu halten und diejenigen Wänten dem Protocoll desselben nicht gegenübergestellt werden.

Weiter veröffentlicht „Figaro“ einen Brief des Kapitäns Freystätter, Mitgliedes des Kriegsgerichts von 1894, in welchem dieser den Kassationshof ersucht, ihn zu verurteilen. Freystätter bittet in diesem Briefe den Präsidenten des Kassationshofes, man möge ihm Gelegenheit geben, sich mit seinem Gewissen auseinander zu setzen. Er hoffe, der Präsident werde die ernstlichen Erwägungen begreifen, welche ihn zu seinem Vorgehen bestimmten. Die Aussage Freystätters ist auf einen Punkt beschränkt. Er gibt an, Henry habe bei seiner ersten Vernehmung behauptet, daß Drehfus schuldig sei, ohne daß er jedoch andere Zeugen schaften als die seinige dafür anführte. Bei seiner zweiten Vernehmung habe Henry versichert, eine ehrenhafte Persönlichkeit, deren Namen er nicht nennen wolle, wisse, daß Drehfus dem Auslande Dokumente ausgeliefert habe. Zugleich habe Henry auf eine Bemerkung des Majors Gallet erklärt, es gebe gewisse Geheimnisse eines Offiziers, die dessen Käppi nicht wissen dürfe. Diese Erklärung, sagte Freystätter, habe auf ihn großen Einfluß ausgeübt und ihm die Haltung Henrys gegenüber Drehfus erklärlich gemacht. Die Uebersetzung von der Schuld des Drehfus sei durch die Aussagen zweier Sachverständigen herbeigeführt worden, welche das Vordereau mit Bestimmtheit Drehfus zuschrieben. Nachdem die von zwei anderen Sachverständigen dargelegten graphischen Unähnlichkeiten von Vertillon erklärt worden waren, habe das Vordereau in den vier Sitzungen des Kriegsgerichts die einzige Grundlage der Anklage gebildet.

Außerdem bringt der „Figaro“ die Aussage Lépine, welcher den Verhandlungen des Kriegsgerichts 1894 als Polizeipräsident beizuhöte. In diesen Aussagen heißt es, die Verhandlungen des Kriegsgerichts hätten keinen besonders feierlichen Charakter gehabt, vielmehr sei die Vernehmung ihm wohl erschienen. Drei Thatsachen machten auf Lépine besonderen Eindruck: Querst die Aussage Henrys, welcher auf ihn den Eindruck eines Richters machte, als er mit erhebener Hand auf Drehfus hinweisend ausrief: „Das ist der Verräter, ich weiß es, ich schwöre es!“ Ferner meint Lépine, daß es schien, als ob die Aussagen Vertillons nicht begriffen worden seien. Bezüglich der Verteidigungsrede des Advokaten Demange erklärt Lépine, dieselbe sei sehr schön gewesen, habe sich aber nur auf einen Punkt erstreckt, Demange habe lediglich dargelegt, das Vordereau könne nicht von einem Artillerie-Offizier und insbesondere nicht von Drehfus herrühren. Die Richter hätten, wie Lépine meint, ihr Urteil bereits gefaßt. Er (Lépine) habe wohl gesehen, daß sich die Lüge des Drehfus bei einer Stelle der Aussage Vertillons verzogen hätten, aber er habe die von Vertillon berichteten angeblichen Worte des Angeklagten „O der Glende“ nicht gehört. Lépine bestätigt, daß er vom Kriegsminister mit Nachforschungen bezüglich der Spielergewohnheiten und der Beziehungen Drehfus zu Frauen beauftragt war.

Die famose Enquete Beaurepaire wird in den revisionistischen Blättern von der heiteren Seite genommen und mit Recht als Karrendeppe behandelt. Besonders spottet Fernand Lagare in der „Aurore“ über die Feigheit der sogenannten Zeugen Beaurepaire, die nicht einmal ihre Namen zu nennen wagen. Wenn man Quersmann glauben darf, so schreibt er, befinden sich unter den Zeugen Offiziere, wenn diese Offiziere nicht die letzten der Feiglinge und Schurken sind, wenn sie etwas anderes zu thun wissen, als aus dem Verdeck anzugucken, dann müssen sie sich nennen, sich bei Colonel Jouaust melden. —

## England.

**London, 27. Juli.** (Fig. Ver.) Die Frage der Altersversicherung ist in England ein Stück politischer Sechschlange, aber auch, wenn man will, politischer Jangballe. Die Parteien werfen sie einander zu, und Protelle bekämpfen einander um den Rang der Zweckmäßigkeit und Praktikabilität. Eine königliche Kommission, die sich mehrere Jahre mit Verhör aller möglichen Zeugen und Prüfung aller möglichen Vorschläge abgab, kam zu keiner Einigung, und als vor einigen Monaten die Regierung eine neue Kommission, mit dem Minister Chaplin, einem Arzt, beauftragte, irgend einen Vorschlag zur Altersversicherung der unterverfündeten Armen auszuarbeiten, sagte fast alle Welt ein negatives Resultat voraus.

Rechtwärtigerweise hat sich diese Verhergung nicht bewahrheitet. Die Kommission hat einen positiven Vorschlag zu stande gebracht. Offiziell wird er zwar noch geheim gehalten, aber einige Blätter haben doch schon Wind von seinen Hauptbestimmungen. Sie sind, wenn man bedenkt, daß die Mehrheit der Kommission konservativ waren, immerhin besser als man erwarten durfte. Es soll nach ihnen jeder Engländer (oder Engländerin) zu einer Pension von 5 bis 7 Schillingen wöchentlich berechtigt sein, der das 65. Lebensjahr erreicht hat und

1. keine Verurteilung erlitten hat, auf die Gefängnis ohne Alternative einer Geldbuße steht;
  2. während der letzten 20 Jahre keine Armenunterstützung erhalten hat, außer in besonderen Ausnahmefällen oder in Form von ärztlicher Hilfe;
  3. nicht über 10 Schillinge wöchentlich aus anderen Quellen als Einkommen bezieht;
  4. in irgend einer Weise durch Fleiß oder vernünftige Ersparnis für sich und die auf ihn durchaus angewiesenen Familienmitglieder Vorsorge zu treffen sich bestrebt hat.
- Die Entschcheidung über die zu gewährende Pension und die Verwaltung der Gelder soll von einem Komitee unterstehen, die aus den (in England vom Volke in direkter Wahl gewählten) Armenräthen und gewissen Verwaltungsbeamten zusammengesetzt sind. Die



Kosten sollen zur Hälfte von den Gemeinden, zur Hälfte vom Reich aufgebracht werden und werden auf ungefähr zehn Millionen Pfund Sterling (300 Millionen Mark) geschätzt.

- Zur Beurteilung des Vorwurfs ist zu bemerken:
1. daß in England politische Freiheitskämpfe nur noch in ganz seltenen Ausnahmefällen vorkommen, und
2. daß es sich gemäß des Punktes 4 der obigen Bestimmungen zwar auch nur um einen Zuschuß zu irgend einer Selbstversicherung handelt, daß es aber der Wahl des Einzelnen überlassen bleibt, wo und wie er sich versichern will und daß der Zuschuß allein auf höher angelegt wird, wie Zuschuß und Versicherung nach dem deutschen Altersversicherungs-Gesetz;
3. daß selbstverständlich den Nichtpensionsberechtigten immer noch die Aussicht zum Armenrecht offen bliebe und daß dieses in neuerer Zeit gerade mit Bezug auf die alten Leute manche Verbesserung erfahren hat.
So viel der Entwurf also noch zu kritisieren übrig läßt, so würde doch seine Annahme als ein entscheidender Fortschritt zu bezeichnen sein. Aber noch ist er nicht angenommen, und, wie es heißt, soll der Finanzminister Mr. St. John ganz entsetzt über ihn sein. Die liberalen Mitglieder der Kommission treten für Aufbringung der Kosten der Versicherung durch eine Besteuerung der Grundwerte ein.

**Spanien.** Die Revision des Projektes von Montjuich, der Spaniens Ansehen in der ganzen Kulturwelt so unermesslich geschädigt hat, scheint nun doch endlich nach langem Widerstand des silberelastischen Kabinetts zu stande kommen zu sollen, wenigstens stimmt nach einer eingelaufenen Depesche des Wolffschen Bureaus der Senat der Revision des Projektes zu. Zugleich genehmigte er die Besteuerung der inneren Anleihen sowie einiger anderen Gegenstände betreffend außerordentlicher Kredite. Das amtliche Blatt wird in den nächsten Tagen die Verfügung betreffend den Schluß der Cortes veröffentlichen.

**Afrika.** Zur Transvaal-Angelegenheit. Die Aktenstücke des zweiten englischen Bausuchs, die jetzt vollständig vorliegen, sind hauptsächlich dadurch bedeutsam, daß sie die ganze Tragweite der Afrika-Debatte erkennen lassen. Das Ministerium der Kolonialen hat in scharfer Form Partei für die Transvaal-republik ergriffen und Herrn Chamberlain unverblümt die Wahrheit gesagt. Mit Sir Alfred Milner, dem britischen Oberkommissar in Südafrika, ist Herr Schreiner, der Ministerpräsident der Kolonialen, ziemlich hart an einander geraten. Jedenfalls haben die Afrikaner Herrn Chamberlain durchschaut und billigen durchaus das Handeln der Boerenregierung. Wenn Ansehen nach hat dies auch seine Wirkung nicht verfehlt und die britische Regierung dazu bestimmt, der Boerenregierung eine Prüfung der Reformvorschlüge durch eine, zu gleichen Teilen aus Engländern und Boeren bestehenden Kommission vorzuschlagen zu lassen. Damit — an der Annahme des Vorschlags durch die Transvaal-Regierung nicht zu zweifeln ist — ist eine friedliche Lösung in die Wege geleitet. Ein erfreuliches Resultat, das entschieden der kräftigen Haltung der Afrikaner zu danken ist.

In Pretoria hat die Freiheitsdebatte des englischen Parlaments einen günstigen Eindruck gemacht. Das Regierungsorgan „Volkswort“ (Volkswort) ist der Meinung, daß man „einen Schritt zur friedlichen Lösung hin gemacht habe.“ Ueber den Vorschlag Chamberlains, die Wahlrechtsfrage einer aus Vertretern Englands und Transvaals gebildeten Kommission zu unterbreiten, behält sich das Blatt seine Meinung vor, bis in Pretoria genaue Nachrichten eingegangen seien. Diese werden inzwischen eingetroffen sein.

**Erklärung.** Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgendes Telegramm: Paris, 31. Juli. Die Rede, in welcher Liebknecht sich gegen Jaurès und Millerand ausspricht, wird von den Antisemiten und Nationalisten, von der „Libre Parole“ und dem „Internationale“ mit hoher Freude begrüßt und entsprechend ausgenutzt. Der „Internationale“ bringt sie in den fettesten Lettern unter der Überschrift „Millerand und Jaurès gebrandmarkt von Liebknecht.“ Die „Libre Parole“ betont besonders, daß Liebknecht gesagt habe, Millerand und Jaurès hätten ihm geschrieben, sie wollten durch die Affaire Dreyfus den Militarismus vernichten. „Man achte lange“, sagt das Blatt Drumonts, „daß der Internationalismus an Hochverrat straft. Liebknecht gibt uns den Beweis. Merci, Liebknecht!“

Dies das Telegramm. Ich habe weder von Millerand noch von Jaurès gesagt, sie hätten mir Derartiges erklärt. Daß Militarismus und Armes zwei ganz verschiedene Dinge sind, brauche ich nicht zu erwähnen. Der „Dank“ der Herren Drumont und Konsorten ist für die Gönner des Ministeriums Waldeck-Rousseau-Galliffet der „Dank“ der „Kreuzzeitung“, daß Galliffet den richtigen militärischen Geist in der französischen Armee so kraftvoll wieder herstellt. Die „Affaire“ hat eben in den Geistern eine gar seltsame Wirkung angerichtet. 31. Juli 1899. W. Liebknecht.

**Jaurès und Millerand.**

Es war nicht meine Absicht, das Wort in einer Frage zu ergreifen, die wohl die ganze zivilisierte Welt aufs tiefste erregt, dabei aber doch zu kompliziert und zu sehr eine interne französische Angelegenheit ist, als daß ein Ausländer Grund hätte, ohne Veranlassung ein Urteil über sie zu veröffentlichen. Diese Veranlassung ist aber jetzt für mich dadurch gegeben worden, daß, wie ich aus dem „Vorwärts“ entnehme — die „Petite République“ habe ich im Augenblick nicht zur Hand — Jaurès eine Stelle meines Briefes an ihn veröffentlicht hat. So ungewöhnlich diese Stelle ist, so bedarf sie doch eines Kommentars insofern, als der Fall Jaurès und der Fall Millerand getrennt betrachtet werden müssen. Was ich über das Urteil des ersten gesagt, erhebt mir etwas Selbstverständliches. Seine Haltung war vor kurzem noch die der gesamten französischen Sozialdemokratie geworden.

Man hat gesagt, der Fall Dreyfus sei keine Angelegenheit, welche die Sozialdemokratie als Partei berühre, denn es handle sich hier um einen Bourgeois und seinen Proletarier. Aber ist die Korruption der Gerichte eine Angelegenheit, die für das Proletariat gleichgültig ist? Und ist eine Rechtsprechung, die an Bourgeois und Offizieren Justizmorde verübt, dem Proletarier und dem gemeinen Soldaten deshalb weniger gefährlich? Ist von solcher Justiz nicht noch viel Schlimmeres zu erwarten, wenn ihr ein Proletarier unbehagen wird?

Liebknecht wendet freilich ein, daß die Affaire sich durch gar nichts von Hunderttausenden ähnlicher unterscheidet; warum also gerade in diesem Falle von ihr so viel Aufhebens machen? Leider sieht es nicht in unserer Macht, aus jedem Justizmord, aus jeder sozialen Grausamkeit und Injustiz eine derartige Affaire zu machen. Das hängt nicht von unserem guten Willen und unserer Agitationsfähigkeit, sondern von zahlreichen Momenten ab, über die wir keine Macht haben. Ein Zusammenwirken solcher Momente hat der Dreyfus-Affaire einmal eine größere Bedeutung verliehen, als ihr im Vergleich zu anderen Schandgeschichten unserer Gesellschaft zuläuft. Die sozialistischen Parteien hätten sehr unrichtig gethan, ihr absichtlich und künstlich eine solche Bedeutung zu verleihen. Aber sollen wir uns für einen Fall, in dem wir unter allen Umständen eingreifen hätten, bloß deshalb nicht interessieren, weil diesmal sich alle Welt für ihn interessiert? Nein, das ist nur ein Grund mehr, einzugreifen. Der Fall Dreyfus ist einmal zu einer Affaire geworden, in der das ganze politische Leben Frankreichs sich konzentriert, zu einer Krise, die das Land an den Rand des Bürgerkrieges gebracht hat; und in einer solchen Krise soll eine Partei des sozialen Kampfes

par excellence mit beschränkten Mitteln zusehen und erklären: das Ganze ist ein inneres Gegenstand der Bourgeoisie, das uns nichts angeht?

Die Proletarier, und gerade die kämpfenden und denkenden am meisten, bleiben nicht neutral in einer solchen Krise, welche die ganze Nation in ihren Tiefen erschüttert, und stellt sich nicht die Sozialdemokratie an ihre Spitze, sie zu führen, dann verfallen sie der Führung einer der bürgerlichen Parteien, die in den Kampf aktiv eingreift.

Dadurch hat aber die Affaire Dreyfus eine so enorme Tragweite erhalten. Dadurch, daß sie immer mehr nur eine Teilerscheinung der großen reaktionären Bewegung wird, die in ganz Mitteleuropa sich fühlbar macht, jener Bewegung, die hervorgerufen wird durch das Ueberwuchern des Militarismus und den Vorkrott des Liberalismus, der eingetreten ist, ehe noch der Sozialismus stark genug seine Erbfolge zu übernehmen.

Soldaten, Pfaffen, die privilegierten Schichten des Großkapitals und die verstandenen Elemente der Gesellschaft schließen einen Bund, der sich nicht bloß gegen das Proletariat, sondern auch gegen jene Schichten der Bourgeoisie richtet, die nicht privilegiert sind, gleich den Mieskapitalisten und den Agrariern, aber auch nicht in Verkommen begriffen, gleich dem kleinen Handwerk. Aber der einzige kampffähige Teil der antireaktionären Schichten ist das Proletariat, ihm fällt die Pflicht des Vorkampfes mit allen seinen Kosten zu, ohne daß es im Stande ist, sofort größere praktische Erfolge zu erzielen.

Allenthalben hat diese Situation das kämpfende Proletariat in die Weltanschauung sehr unangenehm, mitunter sogar anstößig und unzuverlässiger Elemente geführt: in Belgien und Oesterreich stehen angeblich die Reste einer liberalen Partei, die an eigener Schwäche und Korruption unterging, auf Seite des Proletariats; in Frankreich mühen unsere Genossen vielfach mit den Panamisten zusammen, und auch in Deutschland drängt sich uns allenthalben der Kompromiß auf.

Das ist eine sehr unangenehme Situation, aber die Sozialdemokratie entgeht ihr nicht dadurch, daß sie überall dort auf den Kampf gegen die Reaktion verzichtet, wo sie gezwungen ist, die Reste der liberalen Bourgeoisie an ihrer Seite zu dulden. Sie muß diese vielmehr in den Schatten stellen durch die Wucht und Blüchsigkeit, mit der sie in den Kampf eintritt, sie muß dafür sorgen, daß ihr die Führung und damit die geistige Beherrschung der Massen bleibt.

Alles das heißt aber, auf den Fall Dreyfus angewandt, daß die französische Sozialdemokratie die Aufgabe hatte, sich an die Spitze der Revisionsbewegung zu stellen, sobald es klar wurde, daß Dreyfus inoffiziell verurteilt worden, und daß die Kuffredhaltung seiner Verurteilung die Unterwerfung der Republik unter Sabel und Wehrtel bedeute.

Ist diese Auffassung richtig, dann wird man es als das große Verdienst von Jaurès betrachten müssen, daß er zuerst zu ihr sich bekannte und sie mit dem vollen Aufgehob seiner glänzenden Begabung und erschütternden Arbeitskraft verfocht. Ihm vor allem ist es zu danken, daß die französische Sozialdemokratie nicht neutral blieb in dem großen Kampfe gegen den Generalstab und seine Verbündete, daß sie wenigstens zum Teil dabei in den Vorkampf trat. Und so stark war die Wucht der Thatfachen, daß schließlich die Gesamtheit der sozialistischen Organisationen Frankreichs sich auf den Boden stellte, auf den Jaurès mit einigen Fremden sich zuerst gestellt und die französische Sozialdemokratie eingewandert war.

Da kam der Eintritt Millerands in das Kabinett Waldeck-Rousseau-Galliffet und damit die unglückselige Spaltung.

Das Vorgehen Millerands war schon vom rein formellen Standpunkte aus ein Fehler. Der Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Kabinett bedeutet einen so bedeutungsvollen Schritt, daß er nicht gethan werden durfte ohne die Zustimmung mindestens der großen Mehrheit der sozialistischen Organisationen. Daß Millerand den Schritt auf eigene Verantwortung unternahm, ist meines Erachtens kein milderes, sondern ein erschwerender Umstand, der diesen Schritt selbst dann zu einem nutzlosen, ja schädlichen machen mußte, wenn er sonst notwendig gewesen wäre.

Für diese Notwendigkeit habe ich aber noch kein triftiges Argument gesehen und ich suche vergeblich nach einem solchen. Die sozialistischen Fraktionen hätten das Kabinett Waldeck-Rousseau mit ihren Stimmen unterstützen können, auch ohne Eintritt Millerands in das Kabinett. Die deutsche Sozialdemokratie war zeitweise ebenfalls in der Lage, für ein Ministerium Caprivi stimmen zu müssen.

Aber ich suche vergebens nach einem Grund, der es notwendig gemacht hätte, daß die französische Sozialdemokratie oder auch nur ein französischer Sozialist sich mit dem Ministerium Galliffet solidarisch erklärte und die Verantwortung für sein Wirken auf sich nahm. Unsere beste politische Jugend muß das Mißtrauen gegen jede bürgerliche Regierung sein. Wir haben nicht die mindeste Garantie dafür, daß der Kommuneschlichter Galliffet im entscheidenden Moment sich nicht ebenso treulos gegen das bürgerliche Ministerium erweist, wie seine Vorgänger im Kriegesministerium. Und ebensoviele haben wir irgend eine Garantie dafür, daß dieses Ministerium selbst sich seiner Aufgabe gewachsen zeigt. Dem zur Verzweiflung getriebenen Militarismus kann nur eine Macht sich wirksam entgegenstellen: die effiziente aber organisierte Volkskraft.

Mit dem Parlament werden die Herren vom Generalstab noch fertig, wenn sie energisch sind und es allein bleibt, wenn nicht hinter dem Parlament die Volksmasse sich erhebt, entschlossen, mit allen jenen Parteien, die sie wirksam gebrauchen kann, z. B. der Arbeitseinstellung, die Kraft der Soldateska zu brechen.

Zu diesem letzten äußersten Mittel fehlt einem bürgerlichen Ministerium der Mut und der Wille. Bisher hat noch jede bürgerliche Regierung, wenn sie die Wahl hatte vor dem Appell an das Proletariat oder der Unterwerfung unter die Soldateska, letzteres vorgezogen. Und vom Ministerium Waldeck-Galliffet ist es keineswegs sicher, wenn die Dinge sich wirklich so zuspitzen, wie sie sich zuspitzen können, ob es dann nicht vorgezogen wird, die Sozialdemokratie samt ihrem Minister zu veranlassen, statt an sie zu appellieren.

Es muß natürlich nicht so schlimm kommen, die Herren vom Generalstab haben bisher ein ertollendes Maß von Ungehörigkeit und Energielosigkeit gezeigt; aber man muß von der in die Enge getriebenen Soldateska auf das Schlimmste gefaßt sein. Auf jeden Fall aber erscheint uns die Anwesenheit eines Sozialisten in einem Ministerium Galliffet nur zu sehr geeignet, den Sozialismus zu kompromittieren, ihm die Verantwortung für Schritte aufzubürden, die im Gegensaß stehen zu seinem Wesen.

Das Ministerium gegenüber den Generalstäblern und ihren Verbündeten unterstützen, es voran treiben, wenn es zaudert und zögert, aber ihr Pulver trocken halten und ihre Kraft und ihren Einfluß auf die Massen nicht vorzeitig abnutzen durch den Schein der Macht, hinter dem sich wirkliche Ohnmacht birgt — das ist meines Erachtens die Politik, welche die heutige Situation der französischen Sozialdemokratie erfordert.

Die französischen Genossen mögen entschuldigen, wenn ich mich hier auf das Gebiet ihrer Angelegenheiten gewagt, aber welches öffentlich zu urteilen durchaus nicht meine Absicht war. Aber da die Redaktion der „Petite République“ selbst ein paar Sätze meines Briefes veröffentlicht hat, hätte es gebräunlich Mißverständnisse provozieren, wenn nur meine Ansicht über Jaurès und nicht auch die über Millerand an die Öffentlichkeit gelangt wäre. K. Kautsky.

**Partei-Nachrichten.**

Zu der Haltung der bayerischen Parteigenossen bei den Landtagswahlen nimmt Parvus in einem Artikel in der „Münchener Post“ Stellung. Er wägt die beiden „großen Parteien“, die Liberalen und das Centrum, gegeneinander ab und kommt zu dem Schluß, daß sie beide gleichwertig, d. h. gleich reaktionär sind; immerhin sei die Reaktion der Liberalen gefährlicher, weil sie modern sei, die des Centrum sei veraltet. Die Reaktion des Centrum ist veraltet, vermodert, auf ganz andere Gesellschaftszustände zugeschnitten, sie ist deshalb

weniger gefährlich als die Reaktion der Liberalen, die ein modernes Produkt ist, sich aus dem proletarischen Klassenkampf ergibt und deshalb mit raffinierten Mitteln arbeitet. Der Nachzügler mit dem Kopf und langem Schwanz ist eine lächerliche Gestalt, — der Schymann mit dem Gummischlauch hat noch. Wir werden mit beiden fertig, aber ein Umsturzespiel, eine Streitvorlage sind doch etwas anderes, als eine lex Henze. Wir sind keine Sozialliberalen, sondern Sozialdemokraten.

Parvus weist ferner die Meinung zurück, als habe man es hier mit einem Hug „Gollmarcher Taktik“ zu thun. „Erstens war es stets falsch, die Taktik unserer Partei in Bayern mit der Person Gollmar zu identifizieren, zweitens trifft das in diesem Falle erst recht nicht zu, denn die Initiative zu dem Wahlbündnis mit dem Centrum riefte bei beiden in einem abgelegenen Eckchen des Königreichs Bayern, in der Pfalz. In der Pfalz wurde schon bei den Reichstagswahlen in der gleichen Weise vorgegangen; damals kräfte kein Hahn danach — warum denn jetzt?“

Auch die „Frankfurter Tagespost“ bringt abermals einen Artikel, in welchem sie sich über die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl u. a. wie folgt äußert:

„Man wird aber eingewendet, daß die Sozialdemokratie durch das Kompromiß mit dem Centrum diesem die Mehrheit in der Kammer verschafft habe, das sei höchst bedenklich und es könnten Zustände heraustrufen, die denen in Belgien gleichen, wo auch das Centrum herrsche.“

Die Thatfachen werden lehren, daß an eine solche Gestaltung der Dinge nicht zu denken ist. Bei ruhiger Prüfung wird man erkennen, daß die Zustände sich im allgemeinen nicht ändern werden. Das Centrum hatte zwar in der vorigen Kammer nicht die Mehrheit, aber es fand stets, wenn nötig, nicht nur die hierzu nötige Stimmenzahl bei den Vorenwählern, sondern auch bei den samojen Liberalen. Es wird also gar kein neuer Zustand geschaffen und es ist thatsächlich gleichgültig, ob eine ultramontane oder liberale Mehrheit bayerischer Qualität in der Kammer vorhanden ist.

Wenn Genosse Liebknecht in einem Artikel erklärt: weit entfernt, durch diesen Wahlkompromiß eine bessere Grundlage der oppositionellen Kritik zu gewinnen, haben unsere Genossen umgekehrt ihre Position nur geschwächt und verschlechtert. Und zwar geschwächt und verschlechtert nicht bloß für die Kritik und für die Zukunft, sondern auch in Bezug auf die Machtverhältnisse und für die Gegenwart.“ so ist diese Meinung total falsch. Wodurch soll denn eine Schwächung eintreten? Die Sozialdemokratie wird nach wie vor die stärkste Kritik üben, sie wird nach wie vor die alleinige und wahre Vertreterin aller Unterdrückten und Hilfsbedürftigen sein, sie wird stets ihre Thätigkeit mit dem Inhalt des Parteiprogramms in Einklang bringen. Oder sollten die Herren Kritiker wirklich annehmen, daß jeder Kompromiß irgendwie alterierend auf die prinzipiellen Grundzüge der Sozialdemokratie, ihre Haltung und Vertretung wirken kann? Das wäre wirklich ein starkes Stück.

Die Genossen mögen sich also völlig beruhigen, unsere Stellung wird weder im Landtag noch im Lande verschlechtert. Das können wir besser beurteilen, als die so kritisch veranlagten Herren im Norden. Wir mahnen uns auch nicht an, über Berliner Verhältnisse zu Gericht zu sitzen. Wir haben in der Frage der Vertretung an den preussischen Landtagswahlen eine reservierte Haltung eingenommen. Damit wollen wir nicht sagen, daß etwa eine Kritik von Vorgängen innerhalb der Partei unterbleiben soll, im Gegenteil, sie möge geübt werden. Aber was wir verlangen können, ist, daß man nicht oberflächlich, ohne genaue Kenntnis aller in Betracht kommenden Umstände urteilt, mit willkürlichen Annahmen und Schlussfolgerungen manövriert. Und das hat man gethan.

Es ist weder ein Prinzipienverrat begangen, noch irgend ein Jugendsündnis gemacht worden, das die Sozialdemokratie schädigen könnte. Wäre dies der Fall, so wären die in Betracht kommenden bayerischen Genossen ne und nimmer Kompromisse geschlossen haben.“

Der diesjährige Thüringer Parteitag fand am 29. und 30. Juli in Züversgehofen bei Erfurt statt. Anwesend waren 42 Delegierte aus 29 Orten. Aus dem Bericht der Wahlkommission für die „Tribüne“ war zu ersehen, daß im letzten Jahre das Strafregister der Redacteure und Expedienten auf zusammen 650 M. Gebühre und 15 Monate Gefängnis angewachsen ist. Eine lebhafteste Debatte entspann sich hierauf über das Verhalten der Genossen in Wärbauhen i. Th., welche entgegen früheren Beschlüssen ein eigenes Volksblatt — Ableger eines jenen, parteilosen Blattes — gründeten. Zu dem von Genossen Kesselring Erfurt gehaltenen Vortrage über: „Opportunismus oder Klassenkampf“, zu welchem in der Debatte die Genossen Reichhaus, Baudert, Leutert, Fischer und May sprachen, nahm der Parteitag ein im im folgenden Resolution an:

„Weder die gegenwärtigen politischen, noch die wirtschaftlichen Verhältnisse geben der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Sozialdemokratie Veranlassung zu irgend welcher Herabsetzung ihrer Taktik. Der Parteitag verwirft ferner die Verhättnissen Vorschläge, als wieder den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend noch innerhalb des Klassenkampfes des Proletariats liegen.“

- Nach weiterem lebhaften Meinungsaustausch über die geschäftlichen Angelegenheiten, sowie die Agitation, wurde beschlossen:
a) Die Agitationskommission für Thüringen besteht nur aus drei Personen mit dem Recht der Kooption und hat ihren Sitz in Erfurt.
b) In Gemeinschaft mit den in Frage kommenden Wahlkreisen zum Herbst einen Agitationskalender herauszugeben.

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

Die Mitglieder der Gewerkschaften von Weiskene werden aufgefordert, Sammellisten für die ausgesperrten dänischen Arbeiter von dem Unterzeichneten zu entnehmen. Karl Renk, Strahburgerstr. 20, II, Vertrauensmann der Gewerkschaften von Weiskene.

**Deutsches Reich.**

**Umgebung der Centralkommission für Bauarbeiter-Schutz.**

Die Berliner Blätter geben folgende Maßnahmen der preussischen Regierung zum Schutze der baugewerblichen Arbeiter bekannt:

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten und die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten, ausarbeiten und den nachgeordneten Behörden zur weiteren Veranlassung zugehen lassen. Dieselben beziehen sich im allgemeinen auf umfangreichere Hoch- und Tiefbauten, und ihre Vertretung soll sich nach dem vorhandenen Bedürfnisse der einzelnen Bezirke richten. Die Grundzüge schreiben die Herbeiführung geeigneter Räume zur Unterkunft für die an Bauten beschäftigten Arbeiter bei ungenügender Bitterung und in den Ruhepausen, und die Vorkhaltung genügender und gesundheitsgemäher Aborte vor, und beschließen sich auch mit der Sorge für die Gesundheit der in Neubauten arbeitenden Personen. In letzterer Beziehung bestimmen sie, daß vom 15. November bis 15. März Stuckateure, Fuher- und Rüperarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden dürfen, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster verschlossen sind, sowie, daß in Räumen, in denen offene Coalsfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, nicht gearbeitet werden darf, vielmehr solche Räume gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen sind.“

Die Lancierung dieser Nachrichten verlor den Zweck, der bei der Frage interessierter Arbeiterschaft auf ihre Forderungen eine vernünftige Antwort zu geben. Vor allem fällt auf, daß der baugewerbliche Arbeiterschutz nicht auf dem Wege der Reichsgesetzgebung geregelt bezw. gesetzlich festgelegt, sondern durch Partikulargesetze, auf dem Wege der Verordnungen seine Lösung



erhalten soll. Wir sind der Meinung, daß der Arbeiterschutz am besten durch Reichsgesetze zu regeln ist. Die preussische Regierung ist darüber anderer Meinung. Für die Decker unserer politischen Verhältnisse liegen die Dinge begrifflich, denn Arbeiterschutz-Gesetze sind keine Gefälligkeits für die ostelbischen Junker und Unternehmer. Gefälligkeits für die Unternehmerklasse — wir brauchen wohl an die Zucht-vorlage nicht zu erinnern — dafür wird die ganze Macht und der Gesetzgebungsapparat immer mobil gemacht, aber eine Million Arbeiter, die unter den unwürdigsten Verhältnissen arbeiten und leben müssen, findet man auf dem Wege der Verordnungen ab.

Aber das Vorgehen der preussischen Regierung hat noch eine andere Seite. Die durch die Scharfmacherpolitik beeinflusste preussische Bureaucratie kann bei der Arbeiterschutz-Gesetzgebung für das Reich den durch das allgemeine Wahlrecht etc. demokratisch angekannten Reichstag als mitwirkenden Faktor nicht umgehen; so wird dem Reichstag diese Arbeit entzogen, ebenso die Kontrolle, inwiefern diese Gesetze durchgeführt werden. Dem Reichstag Preussens werden die Einzelregierungen folgen und die reaktionären Majoritäten der Einzel-Landtage werden ihren Segen zu dem Vorgehen ihrer Regierungen geben.

Welchen Wert diese Verordnung in der preussischen Bedeutung für den Arbeiterschutz hat, ergibt sich aus der famosen Regelung der Fensterfrage. Vom 15. November bis zum 15. März soll der Bau für die Innearbeiten gedichtet werden. Die Zeitperiode des Schusses ist so festgesetzt, daß die Unternehmer auf keinen Fall dadurch unangenehm berührt werden. Die preussische Regierung weiß so gut wie wir, daß die Unternehmer in dieser Jahreszeit schon aus bautechnischen Gründen den Bau dichten müssen, weil ihnen sonst der Zug von den Wänden abfällt usw. In unseren Denkschriften an die Regierungen, in den Kranken- und Sterbestatistiken der baugewerblichen Arbeiter und die Verhandlungen des Tuberkulose-Kongresses müssen der preussischen Regierung nach der Richtung bewiesen haben, daß der gewerbliche Schutz der Puffer, Zimmerer, Maler, Stuccateure, Waukschler und Ofenseher usw. nicht vom 15. November, sondern vom 1. Oktober des Jahres beginnen und mindestens bis zum 15. April dauern muß. Die Arbeiter nehmen hier schon das „Aprilwetter“ mit im Kauf.

Aber wie steht es denn mit den andern so dringlichen Forderungen der baugewerblichen Arbeiter, wie das Baugewerbe-Inspektorat, unter der Mitwirkung der Arbeiter bei der Kontrolle der Betriebe? — Die Vergeltlichkeit der Regierung wird dazu angethan sein, die baugewerblichen Arbeiter anzuregen, nicht zu erlahmen in der Agitation für ihre Berufsorganisation und in dem Kampfe für ein wirkliches Arbeiterschutz-Gesetz. Vor allem kommt es darauf an, die Reichslage des „Kongresses für Bauarbeiter“ hochzuhalten und die Centralkommission in ihrer dahingehenden Thätigkeit zu unterstützen.

Die Centralkommission für Bauarbeiterchutz.  
J. A.: G. Heinke.

**Zur Lohnbewegung der Maurer in der Provinz Brandenburg.** Der Streik der Fürstentwälder Maurer ist scheinbar beendet, der Lohn ist von 35 auf 40 Pf. erhöht. Der Tarif, welcher von den Arbeitgebern bisher nicht gehalten wurde, soll nunmehr nach ihrer Erklärung strikte innegehalten werden. Eine Kommission wird darüber wachen und etwaige Verstöße sofort beseitigen.

**Wieder eine Ausdehnung** — diesmal aus der freien Republik Hamburg meldet das „Hamburger Echo“. Die Ausdehnung trifft einen Wächter Milch aus Böhmen, der weiter nichts verbrochen hat, als daß er der gewerkschaftlichen Organisation angehört.

**Die Wittener Malergesellen und Anstreicher** legen mit dem 31. Juli die Arbeit nieder. Ihre Forderungen sind: Verkürzung der Arbeitszeit von 11 Stunden auf eine solche von 10 Stunden, bei Beibehaltung der jetzt gezahlten Löhne. Zugunz wird dringend gebeten abzuhalten.

**Der Maurerstreik in Dresden** dauert unverändert fort, der Zugunz ist nach wie vor streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

**Das sächsische „Zuwel“ nach seiner Reform** bietet den Behörden belamlich eine neue Handhabe gegen die Arbeiter-Organisationen, indem es die Zulassung der Minderjährigen zu Vereinen verbietet, die sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigen. Die Gewerkschaftsbewegung, so hoch es seiner Zeit bei Beratung der betreffenden Bestimmung, soll davon nicht betroffen werden. Im Februar dieses Jahres war nur in Kirchberg eine Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes gegründet worden. Dem Vorsteher wurde an Rathstelle der Weisheit, daß die Minderjährigen auszuscheiden seien, da es sich um einen Verein handele, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige. Die eingelegte Beschwerde bis zum Ministerium hatte keinen Erfolg. Die meisten Verbände haben es deswegen mit Recht auch unterlassen, im Gebiete des „Zuwels“ Filialen zu gründen, sondern sie behalten ihre frühere Organisationsform der Einzelmitgliedschaften bei.

### Ausland.

**Sämtliche Wärderei-Arbeiter** von Helsingfors (Finnland) haben zum 1. August die Arbeit gelähmt; sie fordern Reduzierung der Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich; sie betragen jetzt 16 bis 18 Stunden. Ferner verlangen sie Abschaffung der Nacharbeit.

**In Finnland** sind die Arbeiter der Gummi-Industrie in den Ausstand getreten. Die Unternehmer versuchen Arbeitskräfte aus Rußland und Deutschland heranzuziehen.

### Sociales.

**Arbeiterrisiko.** Ein bedauerlicher Unfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich am Sonnabend in der Jähnschen Maschinenfabrik in Landberg a. W. Dem 16 Jahre alten Kesselschmiedelehrling Otto Heise, welcher mit dem Einsetzen eines Feuerrohrs in einen Kessel beschäftigt war, fiel das schwere Rohr auf den Kopf, den es vollständig zerschlug. Der junge Mann, der sofort eine Leiche war, hatte an dem Tage gerade sein 16. Lebensjahr vollendet.

In Monaco stürzte am Sonnabendnachmittag die Mauer eines im Bau begriffenen Hotelnebengebäudes zusammen. Von fünfzig italienischen Arbeitern, die bei dem Bau beschäftigt waren, wurden drei Maurer getödet. Elf Verwundete wurden während der Nacht aus den Trümmern hervorgezogen.

**Die Konzentration des Kapitals** macht sich besonders im Brauereigewerbe in offensichtlicher Weise bemerkbar, wie die Bier-Statistik pro 1898, welche Statistik seit einem Vierteljahrhundert die Brauer- und Hopfen-Industrie in Wien erheben läßt, darthut. Obgleich die Produktionsstätten immer mehr zusammenzuschmelzen, ist doch die Produktion selbst in stetem Wachsen begriffen. Während im Jahre 1887 noch 21236 Brauereien in Betrieb waren, arbeiteten im Jahre 1898 deren nur noch 20340. Die Bierproduktion ist aber beständig gewachsen, und zwar stieg dieselbe von 61 478 453 Hektolitern im Jahre 1897 auf 66 418 320 Hektolitern im Jahre 1898. An Biersteuer wurden für vorgenanntes Quantum 87,3 Mill. Mark erhoben. Die Malzverarbeitung hatte die Höhe von 14 926 605 Hektolitern und der Hopfenverbrauch 390 803 Hektolitern erreicht.

In Oesterreich-Ungarn tritt dieselbe Erscheinung zu Tage. Dieses Reich zählte im Jahre 1898 nur noch 1602 Brauereien gegen 1650 im Vorjahre, mithin 48 weniger. Die Bierproduktion erhöhte sich im Jahre 1898 gegen das Vorjahr in Oesterreich um 212 306 Hektoliter und betrug 19 421 645 gegen 19 187 935 Hektoliter, in Ungarn 1 583 393 gegen 1 557 599 Hektoliter, in Bosnien und Herzegowina 56 445 gegen 52 460 Hektoliter.

**Die Arbeitskammer der Stadt Zürich.** Das lokale im Gege 29 zu dem ebenfalls in Zürich domizilierten schweizerischen

Arbeitersekretariat, hat soeben seinen zweiten Jahresbericht, das Jahr 1898 betreffend, veröffentlicht, der eine Uebersicht von 66 Seiten Umfang bildet. Die organisatorische Grundlage der Arbeitskammer bilden die Gewerkschaften, deren Ende 1898 65 mit 6240 Mitgliedern dem Verbands angehörten. Zur Bestreitung der Kosten leisten die Gewerkschaften einen Monatsbeitrag von 50 Cts. pro Mitglied. Zur Deckung der nötigen Ausgaben im Jahre 1898, die rund 8000 Fr. betragen, mußten erhebliche Anleihen aufgenommen werden, so daß die Kammer mit einem Defizit von 4036 Fr. abschloß. Auskunftsgebühren wurden im Berichtsjahre 2434 gestellt, wovon 1636 von Personen, die nicht dem Verbands der Arbeitskammer angehörten. Wegen Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze wurden 184 Geschäfte bei den Behörden angezeigt, die durchwegs entgegenkommend sind. Kritisiert werden die geringen und daher wirkungslosen Bußen, die wegen dieser Gesetzesübertretungen gegen die Unternehmer verhängt werden, im übrigen aber konstatiert, daß die Handhabung des eidgenössischen Fabrikgesetzes eine ziemlich gute ist. In der Abteilung Arbeitsvermittlung wurden 2438 offene Stellen und 4063 Arbeitsgesuche verzeichnet; den Gewerbe-Inhabern wurden 2781 Arbeiter zugewiesen; 1671 waren Schweizer, 1894 Deutsche, 402 Oesterreicher, 94 Italiener, 43 Dänen und 19 verteilen sich auf verschiedene Länder. Die Arbeitskammer besorgte auch für 17 Gewerkschaften die Auszahlung der Reise-Unterstützung und zahlte sie im Berichtsjahre 1424 Fr. an Zugereiste aus. Ferner für 2 Gewerkschaften 175 Fr. an arbeitslose Mitglieder. Im Anhang wird eine Darstellung der 1898 in der Stadt Zürich vorgekommenen Lohn- und Streikbewegungen, sowie der Arbeits- und Lohnverhältnisse der im städtischen Dienste stehenden Arbeiter gegeben.

### Versammlungen.

**Ueber die Bedeutung der Konsumgenossenschaften** verhandelte eine Volksversammlung, die am Donnerstag bei Prilber, Waldemorsdorf tagte, und zu der die Anhänger und Gegner der Genossenschaftsbewegungen eingeladen waren. Das Referat hatte Th. Glöckel übernommen, der in seinen Ausführungen mit dem Hinweis auf die Vorteile, die den Genossenschaftlern als Konsumenten und Käufer erwachsen und in Rücksicht auf den erzieherischen und organisatorischen Wert für die Arbeiterklasse, die Gründung bzw. die Unterstützung der Konsumgenossenschaften befürwortete. In der hierauf folgenden Diskussion polemisierte ein Herr Voas von den zahlreich amocenden Gewerbetreibenden gegen die Kabatt-Sparvereine, während alle übrigen Redner sehr lebhaft für den Anschluß an die Konsumgenossenschaft, die bereits in Rixdorf eine Verlaufsstelle besitzt und in nächster Zeit eine solche im Südosten eröffnen wird, eintraten. Eine größere Anzahl der Versammlungsbesucher leistete der Aufforderung Folge und ließ sich als Mitglied aufnehmen.

**Der Verein der Lithographen, Steinrunder und Verlags-genossen** (Zahlstelle I) hielt am 20. Juli seine Generalversammlung ab. Schöppe gab bekannt, daß bei der Firma Virus u. Neumann in Leipzig Differenzen ausgebrochen sind, und ersucht, Zugunz fernzuhalten. Den Kassenbericht gab Schöppe, Einnahme und Ausgabe balancieren mit 1681,20 M., Mitgliederbestand 478. Für die Erhaltung des Bureau gingen ein: Filiale III 63,44 M., Rixdorf 4,00 M. und 1355 Beiträge a 5 Pf. = 67,75 M. Filiale II hatte leider noch nicht abgerechnet. Ein Antrag, den Beitrag vom 1. August 1899 wieder auf 40 Pf. pro Woche und Mitglied festzusetzen, wurde gegen zehn Stimmen angenommen. Fisch gab den Bericht der Agitationskommission. In seinem Vortrage betonte er, daß die Geschäfts-Versammlungen leider noch keinen Erfolg zu verzeichnen haben, da die Kollegen sehr wenig Interesse für die Organisation haben, und bittet die Anwesenden um Zusendung von Material. Ferner giebt die Versammlung dem Kollegen Schöppe den Auftrag, sich mit der Umaniabteilung in Verbindung zu setzen und einen Tag fest zu machen.

**Die Möbelpolierer** (Filiale Süd-Ost) tagten am 24. d. M. bei Köhning, Admiralstr. 18c. Schulz referierte über: „Die Vertrauensmänner - Centralisation und wie denken wir unsere Organisation in Zukunft auszubauen?“ Derselbe war der Meinung, daß es nach den Verhältnissen unseres Berufs wünschenswert wäre, das Verhältnis mit der Geschäftskommission der Lokalorganisations zu lösen, aber uns der Centralorganisation auch nicht anzuschließen, sondern so wie früher allein stehende Organisation zu sein. Weber dagegen trat sehr warm für die Lokalorganisation ein und führte den Kollegen vor Augen, daß es heute unmöglich sei, ohne einen gewissen Anhaltspunkt zu haben, bei Streiks und anderen Kämpfen mit dem Unternehmertum auf Erfolg zu rechnen. Zum Schluß machte Weber noch auf das am 29. d. Mts. stattfindende Sommerfest des Gesang-Vereins der Möbelpolierer im „Schweizergarten“ aufmerksam.

**Der Verein der Töpfer Berlins und Umgegend** hielt am Dienstag, den 25. Juli, bei Wille seine zweite diesjährige Generalversammlung ab, in welcher Fischer referierte. Nachdem verlas der Kassierer den Kassenbericht und zugleich eine Arbeitslosenstatistik vom ersten Halbjahre 1899, nach welcher Mitglieder bis zu 17 Wochen arbeitslos waren. Nachdem die Kassierer die Wichtigkeit der Kassen-geschäfte bestätigten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde Ernst Paul als erster Vorsitzender gewählt. Nachdem man das Verbalten einzelner Berliner Kollegen, welche sich in Brandenburg als Streikbrecher gebrauchen lassen, verurteilte, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Spandau.** Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, die am 21. Juli tagte, hörte einen Vortrag des Genossen Schröder über „Kartelle und ihre Bedeutung“. Im Laufe seiner interessanten Ausführungen kam Redner auch auf die Zucht-vorlage und die brutale Aussperrung der dänischen Arbeiter zu sprechen. Er ermahnte die Anwesenden, nicht zu ermüden im Kampfe gegen jede Unternehmervillkür. Eine starke Organisation, und dazu gehören auch die Gewerkschaftskartelle der Arbeiter, sei die beste Waffe in diesem Kampfe. Reicher Beifall lohnte den Redner. In der darauffolgenden Diskussion wurde dem Referenten im allgemeinen zugestimmt, andererseits wurde aber auch bezweifelt, daß die örtlichen Gewerkschaftskartelle durchschlagende Erfolge erringen, beziehungsweise die gesteckten Ziele erreichen könnten. Der anwesende Obmann des Spandauer Kartells verzichtete indessen diese Bedenken. Hierauf gab Schröder den Bericht über die Gewerkschafts-Bibliothek. Dieselbe umfaßt 200 Bände, darunter 36 wissenschaftlichen, 41 politischen, 14 geschichtlichen Inhalts. Ferner 15 Parteischriften, 9 Parlaments-Verhandlungen, 15 Gesetzesammlungen, 21 Protokolle, 32 Bände, die der Unterhaltung dienen, und 11 Bände verschiedenen Inhalts. Die Bibliothek steht den organisierten Arbeitern unentgeltlich zur Verfügung. Verleß Wahl einer Bauarbeiterchutz-Kommission wurde beschlossen, die Erledigung dieser Angelegenheit dem Kartell zu überlassen. Zum Schluß wurde noch auf die diesjährigen Stadt-verordneten-Wahlen hingewiesen.

**Rixdorf.** Am 19. Juli fand eine Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt. Zunächst wurden Ertragswahlen zur Ortsverwaltung vollzogen. Schreiber wurde als Schriftführer, Wille als Revisor und Saar als Beitragskassierer ernannt. Hierauf berichtete der Kassierer über die Kassenverhältnisse vom 1. Quartal; der Bericht gab zu Annehmlichkeiten keinen Anlaß. Bei dem Bericht der Verlaufs-kontrollkommission wurde von einigen Kollegen das Verhalten der Kollegen in verschiedenen Werkstätten kritisiert. Ferner wurde beschlossen, das Stiftungsfest in der üblichen Weise zu feiern und ein Festkomitee, bestehend aus den Kollegen Schwieger, Wiedemann, Gudea, Bräunfeld und Krüger mit den Arrangements betraut. Zum Schluß wurde noch des zu errichtenden Gewerbergerichts Erwähnung gethan.

**In Rixdorf im Apollotheater** tagte am Dienstag, den 28. Juli, eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, in welcher A. Förster einen Vortrag über die bevorstehenden Gewerbergerichtswahlen hielt. Durch reichhaltiges Material und an vielen Beispielen erläuterte der Referent, wie notwendig das Gewerbergericht für die Arbeiterklasse ist. In seinem Schlußwort beantwortete Förster verschiedene in der Diskussion gestellte Fragen und bemängelte die geringen Diäten, welche für den ganzen Tag 2 M., für den halben Tag 1 M. betragen sollen. Als Kandidaten wurden nominiert: Wiese, Raikes, Kaczmarek, Bieweg und Strud. Zum Schluß machte der Vorsitzende Pechler auf die Massen-ausperrung in Dänemark aufmerksam und forderte die Anwesenden in kräftigen Worten auf, sich rege an der Sammlung zu beteiligen.

**Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter** hielt am 29. Juli im Lokale von Rixdorf in Rummelsburg, Hauptstr. 88 eine gut besuchte Versammlung ab, zu welcher speziell die Angestellten der Norddeutschen Eiswerke eingeladen und auch zahlreich erschienen waren. Schumann-Berlin wies Eingang seiner Ausführungen zunächst darauf hin, daß die Angestellten der Eiswerke sich wohl noch zahlreicher eingestellt hätten, wenn nicht in letzter Stunde von Seiten eines Herrn Uthoff, seines Zeichens Hausdiener, Zettel ausgeteilt worden wären, durch die die heutige Versammlung als von untern Seite arrangiert hinzustellen versucht wird. Auf das eigentliche Thema eingehend, schildert Redner die auf den Eiswerken übliche, teilweise geradezu unheimlich lange Arbeitszeit. Der Fall Richter, der ja durch die Tagespresse zur Kenntnis bekannt geworden sei, beweise, welche Folgen für die Angestellten und deren Familien sich aus der übermäßig langen Arbeitszeit ergeben. Es sei garnicht zu verwundern, wenn jemand, der 18-19 Stunden gearbeitet habe, von Müdigkeit überwältigt, auf dem Wagen einschläft. Die Schuld an derartigen Unglücksfällen treffe allein die Gesellschaft. In gar keinem Verhältnis zur Arbeitszeit und Leistung stehe die Entlohnung. Löhne von 18 M. pro Woche, wovon noch Kaution und Krankengeld abgeht, sind nicht im entferntesten als genügende Gegenleistung anzusehen. Nur einzelne wenige sind so glücklich, einen höheren Wochenlohn zu erzielen. Angesichts solcher Zustände ist es endlich Zeit, daß die Angestellten durch geschlossenes Vorgehen eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen versuchen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß sie sich allesamt organisieren und zwar im Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Nach einer ausgedehnten Diskussion, in welcher speziell die Wachsenhaft der Herrn Uthoff und Konsorten beleuchtet wurde, gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung der Arbeiter, Arbeiter und Mitfahrer der Norddeutschen Eiswerke erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Norddeutschen Eiswerken gebessert werden; daß die Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden festgesetzt und der Lohn entsprechend erhöht wird. Zu diesem Zwecke verpflichten sich die Anwesenden, dem Centralverbande beizutreten und erklären weiter: um eine Zersplitterung unter den Angestellten zu verhindern, wird der Vorstand des Centralverbandes beauftragt, zu Dienstag, den 1. August, abends 6 Uhr, eine weitere Versammlung einzuberufen, in welcher über die weiter zu unternehmenden Schritte beraten und beschlossen werden soll.“

Der Aufforderung zum Eintritt in den Verband leisteten sofort 50 der anwesenden Kollegen Folge. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Frankfurt a. M., 31. Juli. (W. G.)** Ein Kabeltelegramm der „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Der Bericht der Samoa-Kommission empfiehlt Abschaffung der Königswürde und die Einteilung in administrative Distrikte mit einzelnen Häuptlingen, die sich jährlich versammeln sollen. An der Spitze der Verwaltung soll ein von einer auswärtigen Macht, vorzugsweise dem Könige von Schweden, zu ernennender Administrator stehen. Ferner empfiehlt man die Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit. Der Oberrichter soll die absolute Jurisdiction besitzen, dem Berliner Vertrag eine größere Elasticität zu verleihen. Weiter wünscht man schärfere Bestimmungen, hauptsächlich für die Einführung von Waffen.

**Wien, 31. Juli. (W. G.)** Der von Triest kommende Schnellzug entgleiste heute in der Nähe von Klagenfurt; zwei Personen sind tot, sieben schwer und etwa zwölf leicht verletzt worden. Unter den Leichtverwundeten befinden sich die Kaufleute Oskar Schütze und Hermann Wankiewicz aus Berlin.

**Wien, 31. Juli. (W. G.)** Die „Neue Freie Presse“ berichtet: Die Meldung des „Reuterischen Bureau“ über die Unterzeichnung der Haager Beschlüsse wird in informierten Kreisen als nicht vollständig bezeichnet. Der sogenannte „Acta final“ wurde von sämtlichen Vertretern unterzeichnet, dagegen haben von 26 vertretenen Mächten nur 16 die Konventionsentwürfe, welche die Beschlüsse und Dekorationen des Kongresses enthalten, unterzeichnet. Die Bevollmächtigten, welche die Unterzeichnung nicht sofort vollzogen, thaten dies aus formellen Gründen, weil sie die Zustimmung ihrer Regierungen abwarten müssen. Unter Hinweis auf den Vorgang bei der Kongo-Akte wurde diesen Mächten der Beitritt bis zum 31. Dezember 1899 offen gelassen.

**Sudapest, 31. Juli. (W. G.)** Von militärischer Seite wird die aus Arod gelommene Meldung von der angeblichen Verhaftung des Rittmeisters Graf Starbomberg demontiert.

**Prag, 31. Juli. (W. G.)** Das von den Zuderbädern geplante Demonstrationmeeting mit Umzug gegen die Zudersteuer ist von der Polizei verboten worden.

**Klausenburg, 31. Juli. (W. G.)** Der Russler Chytil vom 51. Infanterie-Regiment attackierte den Regiments-Kapellmeister Müller mit Revolvergeschossen. Müller blieb unverletzt, jedoch wurde der demselben begleitende Hauptmann Borotin verwundet. Chytil erschloß sich alsdann selbst.

**Paris, 31. Juli. (W. G.)** Das Kriegsministerium hat heute eine Erklärung veröffentlicht, wonach die gegen Paty de Clam eingeleitete Untersuchung für diesen günstig ausgefallen und das Verfahren gegen ihn eingestellt ist und derselbe heute noch in Freiheit gesetzt wird.

**Paris, 31. Juli. (W. G.)** Aus Algier wird gemeldet: In Mastapha fand ein Duell zwischen Rogeils und dem Direktor Laurents von dem Blatte „Telegramm“ statt. Beim vierten Gange wurde der Direktor durch einen Stich in die rechte Seite verwundet.

**London, 31. Juli. (W. G.)** Das Unterhaus nahm mit 124 gegen 60 Stimmen die zweite Lesung der Kolonial-Anleihenbill an. — Der Vorkämpfer in Washington Sir J. Pauncefote ist in den Pairstand erhoben worden.

**London, 31. Juli. (W. G.)** Nach einem Telegramm des Gouverneurs von Hongkong sind dort in der vergangenen Woche 30 Neuerkrankungen und 31 Todesfälle an der Pest vorgekommen.

**Brüssel, 31. Juli. (W. G.)** Die Wahlreform-Kommission der Repräsentantenkammer lehnte mit 8 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen die Wahlreformvorschlüge der Regierung ab. Auch alle übrigen in der Kommission erörterten Wahlreformvorschlüge wurden verworfen.

**Lagos, 31. Juli. (W. G.)** In dem Kohlenbergwerke Szalul explodierte vor der Zeit eine zu Sprengarbeiten bestimmte Menge Dynamit. Einem Arbeiter wurde der Kopf abgerissen, ein anderer wurde schwer verletzt.

**Jamaica, 31. Juli. (W. G.)** Die revolutionäre Bewegung in San Jago greift immer mehr um sich. Man erwartet für die kommende Leichenfeier des ermordeten Präsidenten Kundgebungen der Empörer. Zwei der Hauptchefs der Empörer werden sich nach Kuba einschiffen, um Maximilian Gomez zu ersuchen, seine Kandidatur für den Präsidentenposten in San Jago aufzugeben.



**Kokales.**

**Jur Lokalliste.** In Woltersdorf steht den Arbeitern das Lokal von A. Blankenfeld zu Versammlungen zur Verfügung. Die Lokalkommissionen von Friedrichshagen.

**Das große Sänger-Volkfest** des Arbeiter-Sänger-Bundes wird am nächsten Sonntag, den 6. August, in Schloß Weihensee stattfinden. Bekanntlich sollte daselbst wiederum in Pölseldorf abgehalten werden, jedoch durch das rigorose Vorgehen der Direktion resp. des Aufsichtsrats der Bauerei sah sich der Bund veranlaßt, auf die Abhaltung des Festes in Pölseldorf zu verzichten. Es steht zu erwarten, daß das diesjährige Sängerfest wie bisher von einer großen Volksmenge besucht wird, und hat der Vorstand des Bundes darauf bezugnehmend die kontraktliche Vereinbarung getroffen, daß am Tage des Festes der große schwartige Nebenpark den Festteilnehmern zur Verfügung steht. — Für die Beförderung und schnellen Verkehr werden, nach schriftlicher Zusage, Stadt- und Ringbahn, Uferbahn, Krenser und Thorswagen bestens Sorge getragen. Die Arrangements des Festes sind derart getroffen, daß die Festteilnehmer in jeder Hinsicht zufriedengestellt sein werden.

**Mangel an Arbeitern trotz hoher Löhne.** So klingt es aus den Darstellungen entgegen, welche eine Anzahl von Großbetrieben der Eisenindustrie in dem Jahresbericht der Kellern der Berliner Kaufmannschaft geben. Wir haben bereits gesagt, daß es die betreffenden Fabrikanten wohlweislich vermeiden, die tatsächliche Höhe der Löhne anzugeben. Ausdrücke wie: Der Verdienst der Arbeiter war „gut“, „reichlich“, oder „sehr gut“, sind so nichts sagend, daß man darüber nicht diskutieren kann. Verschiedene Fabriken klagen nun über Mangel an geschulten Arbeitskräften. Ja, herrscht denn in der Berliner Eisenindustrie wirklich ein Mangel an Arbeitern? Doch trotz stottern Geschäftsganges immer noch ein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden ist, wird durch die Thatsache erwiesen, daß die Räume des Arbeitsnachweises des Metallarbeiter-Verbandes täglich mit Arbeitsuchenden gefüllt, ja die Räume des berühmten „schwarzen Kabinetts“ in der Gartenstraße sogar überfüllt sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Arbeitsuchenden nur den kleineren Teil der Arbeitslosen darstellen, denn die meisten derselben dürften sich wohl unter der Hand, ohne Vermittlung eines Nachweises, oder auch auf Zeitungsinserate Arbeit finden. So ist es nicht erst seit heute oder gestern, so war es auch bereits im vorigen Jahre, auf welches sich der genannte Bericht bezieht.

Wenn zur Zeit tatsächlich ein Ueberangebot von Arbeitskräften in der Eisenindustrie herrscht, so liegt das nicht zum wenigsten an den Manipulationen des Unternehmerturns. In zahlreichen Provinzblättern findet man jetzt Inserate, durch welche der Unternehmerverband, indem er hohe Löhne in Aussicht stellt, Arbeiter aus der Provinz nach Berlin — und auch nach anderen Industriezentren — lockt, um auf diese Weise den Arbeitsmarkt zu überfüllen und dadurch auf die Löhne zu drücken, oder doch ein etwaiges Steigen derselben zu verhindern.

Wie steht es nun mit den „guten“, „reichlichen“, und nach den Berichten einzelner Fabriken auch „erhöhten“ Löhnen aus? Die einzige Firma, welche hierüber eine zahlenmäßige Angabe macht, ist die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. L. Schwartzkopff. Sie gibt den durchschnittlichen Wochenlohn pro Mann auf 27,84 M. an, und hebt hervor, daß hier auch die Löhne der Lehrlinge, sowie der Hand- und Hofsarbeiter mit eingerechnet sind. Da aber nicht angegeben wird, wie hoch sich die Zahl der unqualifizierten, niedrig entlohnenden zur Zahl der qualifizierten besser entlohnenden Arbeiter verhält, und da andererseits — nach der sonst bei Unternehmern üblichen Art der Durchschnittsberechnung — anzunehmen ist, daß auch die verhältnismäßig hohen Löhne der Werkführer, Meister, Beamten usw. zur Ermittlung des Durchschnitts herangezogen sind, so giebt der angeführte Durchschnittslohn von 27,84 auch kein zutreffendes Bild von der wirklichen Lohnhöhe, umsoweniger, weil jede Angabe darüber fehlt, wie lange die tägliche Arbeitszeit war, oder in wie viel Arbeitsstunden der angeführte Wochenlohn erzielt wurde. Bei einer Arbeitszeit von 10 oder 11 Stunden ist dieser Lohn nicht verdient worden, denn der Bericht konstatiert ja für die gesamte Eisenindustrie, daß mit Ueberstunden und Nachschichten gearbeitet wurde. Uebrigens wird uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß die Firma Schwarzkopff Schloffer mit einem Stundenlohn von 20—25 Pf. einstellt. Bezeichnend ist es, daß auch nicht eine Firma sagt, wie hoch die von ihr gezahlten Tage- und Stundenlöhne sind. Ja, die meisten sind so vorichtig, daß sie nicht vom „Lohn“, sondern vom „Verdienst“ der Arbeiter, der sich gehoben habe, reden. Diese vorichtige Ausdrucksweise ist sehr am Platze, denn in den in Rede stehenden Betrieben wird sehr wenig in Lohn, sondern fast nur in Accord gearbeitet, und der Accordlohn — so wird uns von gut unterrichteter Seite versichert — ist trotz guten Geschäftsganges in den letzten Jahren im allgemeinen nicht gestiegen, sondern eher herabgegangen. Wenn also der Wochenverdienst eines Teiles der in Betracht kommenden Arbeiter wirklich ein höherer geworden ist, so liegt das einestheils an der immer weiter sich ausdehnenden Arbeitsteilung, hauptsächlich aber daran, daß die Accordarbeiter ihre Arbeitskraft auf's äußerste angestapant, und zudem noch zahlreiche Ueberstunden gemacht haben.

Die Firma Vorfig berichtet, sie habe trotz erhöhter Löhne Schwierigkeiten in der Arbeiterfrage gehabt. Das soll wohl heißen, sie habe nicht Arbeiter genug bekommen können. Letzteres scheint allerdings richtig zu sein, denn, wie wir erfahren haben, bedanken sich die gelerntten Arbeiter größtenteils für die Beschäftigung in der Vorfig'schen Fabrik. Erst vergangene Woche haben 50 Schloffer den genannten Betrieb verlassen, weil sie anderwärts mehr verdienen können wie bei der Firma Vorfig mit ihren „erhöhten Löhnen“. Wie niedrig die Löhne vor der „Erhöhung“ gewesen sein müssen, kann man ermesen, wenn man erfährt, daß Dreher, Hobler, Stoher, Fräser, Bohrer, Schraubendreher etc. bei der Firma Vorfig gegenwärtig Stundenlöhne von 28, 30—34 Pf. erhalten. Kein Wunder, wenn sich bei derart „erhöhten Löhnen“ Schwierigkeiten in der Arbeiterfrage bemerkbar machen.

Wichtige Beispiele liegen sich noch aus anderen Fabriken der Eisenindustrie anführen. Wir glauben indes, daß die angeführten Thatsachen genügen, um die Schönschreiber, welche die Unternehmer hinsichtlich der Lohnverhältnisse treiben, ins rechte Licht zu rücken. Aus dem Gesagten geht wiederum hervor, daß die Kapitalisten den Löwenanteil an den Erträgen des guten Geschäftsganges haben, während die Arbeiter, falls ihnen der industrielle Aufschwung überhaupt eine Lohnverbesserung gebracht hat, mit einigen Broden fürlieb nehmen müssen.

**Für das Schuhmacher-Handwerk** liegen jetzt die Listen über die Errichtung einer Zwangsinnung bis zum 12. August in den Diensträumen der Generals-Deputation, Stralauerstraße 3/B, Zimmer 35, aus. Zur Abstimmung sind nur Handwerksmeister zugelassen, die in der Regel Geschellen oder Lehrlinge beschäftigen. Die Erklärung kann seitens der Beteiligten schriftlich und auch mündlich erfolgen.

**Die Victoria regia** in unserem Botanischen Garten wird ihre dritte diesjährige Blüte heute Dienstagmorgen zwischen 6 und 6 Uhr hervorbringen. Infolge des ganz kolossalen Andranges, der am vorigen Freitag bei der zweiten Blüte herrschte, und der zu manchen Unzulänglichkeiten sowie zu Beschädigungen der Anlagen des Gartens und zu Zerstörungen von Fensterscheiben

des die berühmte Pflanze einschließendem Glashauses geführt hat, werden diesmal von den Beamten rechtzeitige Absperrungsmaßregeln getroffen werden, so daß die Menschenmassen in die richtigen Wege geleitet werden können. Dadurch wird es auch möglich sein, daß mehr Besucher die herrliche Blüte in Augenschein nehmen können, als dies am Freitag der Fall war, an welchem viele Personen umkehren mußten, ohne von der Victoria regia auch nur das geringste gesehen zu haben. Das Publikum wird aber in seinem eigenen Interesse gut thun, nicht wieder über die Nasenflächen zu laufen, weil dadurch eine ordnungsmäßige Regelung des Verkehrs nur erschwert wird.

**Die Saison des Drachensfestens** hat, wie immer, wenn das Korn von den Feldern ist und der Wind über die Stoppeln weht, am gestrigen Sonntag ihren Anfang genommen. Besonders auf dem Tempelhofer Felde sah man am Sonntag bereits eine ganze Anzahl größerer und kleinerer Drachen in der Luft schweben, die von Strahlen an der „Strippe“ gehalten wurden. Aber auch Erwachsene nahmen an diesem „Sport“ teil, und besonders solche Väter, deren Söhne noch klein sind, ließen es sich nicht nehmen, das papierene Spielzeug unter dem Jubel der Kinder eigenhändig in die oberen Regionen zu befördern. Hierbei sei bemerkt, daß man es vermeiden muß, sich mit dem fliegenden Drachen den Telegraphen- oder Telefonleitungen zu nähern, da die „Strippe“ oder auch der ganze Drache sich beim „Schießen“ leicht in die Drähte verwickeln und so eine Störung der Leitungen herbeiführen kann. Wer in dieser Weise eine Leitung gefährdet, verstoßt gegen das Gesetz und wird in Strafe genommen.

**Plötzliche Stokung im Straßenbahnverkehr** verursachte der Bruch eines Wasserrohrs vor dem Hause Potsdamerstr. 92 (kurz vor der Bülowsstraße), so daß die Potsdamerstraße dicht mit Straßenbahnwagen besetzt war, die nicht rads und nicht vorwärts konnten. Die Wagen der Linie Schöneberg—Alexanderplatz mußten einweilen beim Schöneberger Rathaus auf die Säbener der Sühningbahn geleitet, über den Blücherplatz nach der Friedrichstraße fahren, da eine geronnene Zeit vergehen dürfte, ehe der Schaden ausgebessert werden kann.

**Ein großartiges neues Verkehrsprojekt**, das bereits dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur principiellen Genehmigung unterbreitet und vom Ministerium auch schon den beteiligten Gemeinden zur Aushandlung darüber zugestellt worden ist, ob gegen seine Ausführung nach den vorliegenden Plänen Bedenken zu erheben seien, wird gegenwärtig von der Westlichen Vorortbahn-Gesellschaft vorbereitet. Es handelt sich dabei um nichts Geringeres als die Herstellung einer direkten Straßenbahn-Verbindung zwischen Berlin und Potsdam im Zuge der Potsdamer Provinzialausfallstraße, der hinter Wannsee von dieser sich abzweigenden ebenfalls durch den Potsdamer Forst gehenden Chausseestrasse. Da für das ganze Projekt der elektrische Oberleitungsbetrieb vorgesehen ist, ein solcher jedoch für die inneren Straßen von Berlin und namentlich die Leipzigerstraße wohl schwerlich jemals die behördliche Genehmigung erhalten wird, so ist als Berliner Ausgangspunkt der projektierten Potsdamer Straßenbahn die Linienstraße vorgesehen. Von dieser aus muß die Westliche Vorortbahn-Gesellschaft verhältnismäßig schon in nächster Zeit eine elektrische Straßenbahn durch die Demerwitz-, Bülows- und Mansienstraße, ferner in Schöneberg durch die Bahns-, Haupt- und Friedenauerstraße, sowie in Friedenau und Steglitz auf der „Prachtstraße“ entlang bis zum Steglitzer Schlosspark herstellen. Von dem letzteren, als dem jetzigen Endpunkte der Straßenbahn Zoologischer Garten—Nollendorfplatz—Schöneberg—Steglitz aus soll nun die geplante Berlin—Potsdamer Bahn auf der Provinzialausfallstraße weiter über Zehlendorf nach Wannsee geführt werden, wo sie unmittelbar am Bahnhof vorbeiziehen, die über das Stolper Loch, einen schmalen Ausläufer des Wannsees, hinführende Brücke passieren und mitten durch Wannsee hindurchgehen wird. Hinter diesem Orte soll dann die Bahn durch den Potsdamer Forst entweder in gerader Richtung bei Stolpe vorbei auf der Potsdamer Provinzialausfallstraße oder auf der von dieser letzteren kurz hinter Wannsee nach rechts abzweigenden, bei Pfaueninsel aus dem Walde heraus tretenden und dann von hier unmittelbar am Ufer der Havel sich hinziehenden Seitenausfallstraße oder Morale nach Glienicke führen. Dort soll dann die Bahn über die große Glienicke Brücke hinweg Anfaß an die bis zum äußersten Ende der Nauener Vorstadt verkehrende Potsdamer Straßenbahn erhalten, so daß die Fahrstraße der Berlin-Potsdamer Straßenbahn bis nach Potsdam hinein weiterfahren können oder umgekehrt. Außerdem soll noch von Zehlendorf aus eine Zweiglinie nach der Alten Fischerhütte am Schlachtensee hergestellt und selbstverständlich auf der Hauptlinie an allen geeigneten Punkten, wie namentlich am neuen Botanischen Garten, bei dem Väterfelder Krankenhaus, am Bahnhof Zichterfelde, sowie weiterhin in den Forsten eine Anzahl von Haltestellen eingerichtet werden. Auf diese Weise wird die projektierte Straßenbahn-Verbindung für den Verkehr zwischen Berlin und dem sich um den Wannsee erstreckenden Partien des äußeren Grunewaldes wie der herrlichen Potsdamer Forsten von außerordentlicher Bedeutung werden, zumal an den Sommer-sonntagen, an denen die Wannseebahn allein schon längst nicht mehr den gewaltigen Verkehr zwischen Berlin und Schlachtensee—Wannsee—Potsdam bewältigen kann.

**Ueber das Sammeln von Beeren und Nüssen** werden jetzt mit Rücksicht auf die Jahreszeit von den Forstverwaltungen wieder die gesetzlichen Bestimmungen veröffentlicht, denen zufolge die zum Sammeln von Beeren etc. nötigen Erlaubnisse eine nur für diejenigen Personen gelten, auf deren Namen sie ausgestellt sind. An Sonn- und Festtagen ist das Sammeln gänzlich verboten, und strafbar ist auch das Betreten von Schutznungen und solchen Orten, welche durch Strohbänder, Strohwinde u. dgl. geschlossen sind.

**Der Handel mit Gella- und Hydra-Coupons** ist, wie die Presse von vornherein voraussetzte, schnell auf dem toten Punkte angekommen. Selbst die verlockende Anpreisung vermag nicht mehr. Da kommt das Warenhaus „Hydra“ jetzt in dem Vernehmen, das Publikum auch fernerhin als Agenten vor seinen Geschäftswagen zu spannen, auf den genialen Gedanken, die mit sechs Coupons versehenen Urkunde einfach durch die Post an solche Personen zu senden, die in der ersten Zeit auf die Geschäftsmanipulationen eingingen. Das gleichlautende Anschreiben hat folgenden Wortlaut: „Inliegenden Schein finden wir unter unerledigten Sachen, voraussichtlich haben Sie denselben vergessen. Ergebnis für Warenhaus „Hydra“: Klum.“ — Aber selbst geschenkt mag jetzt nicht einmal jemand eine Urkunde. Das Warenhaus „Hydra“ hat seinen Geschäftsbetrieb bereits eingestellt.

**Ein Zusammenstoß eines Pferdebahnwagens** der Linie Gesundbrunnen—Waldenriedepark mit einem elektrischen Straßenbahnwagen der Strecke Gesundbrunnen—Kreuzberg fand am Sonntagmorgen in der Brunnenstraße statt. Der Pferdebahnwagen hatte an der Ecke der Rheinsbergerstraße gehalten, um Passagiere aufzunehmen, als der ihm folgende Motorwagen mit großer Gewalt auf den Vorderwagen aufzufuhr. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Passagiere der Tramway von ihren Plätzen zu Boden geschleudert und auch der Wagen stark beschädigt wurde. Nur durch den Umstand, daß die Bremse des Pferdebahnwagens bereits gelockert war und die Pferde den Wagen angezogen hatten, ist eine ernstere Katastrophe vermieden worden.

**Aus einer gefährlichen Situation** befreite die Feuerwehr in der Nacht zum Montag die 27jährige Witwe Eißfeldt, die Kommandantenstr. 20 ein Dachstuhlchen bewohnt. Die alte Dame ist seit länger als 8 Tagen krank und oft von hochgradigem Fieber befallen. Sie wurde von einem Armenarzt behandelt. Anstatt nun bei dem

Mangel jeglicher Pflege die Kranke einem Krankenhause zu überweisen, wurde sie allein in ihrer Wohnung belassen. Ja, der betreffende Arzt soll sogar eine Nachbarin, die ihn am Sonntag zu der alten Frau holte, hart angelassen haben. Kurz nach Mitternacht wurde nun die E. von einem starken Fieber befallen, sie kletterte durch das Dachfenster auf das etwas schräg abfallende Dach und ließ sich hier hart am Rande nieder, so daß die Beine über die Dachrinne herabhingen. So hat die Kranke 1 1/2 Stunden in dieser lebensgefährlichen Lage zugebracht, bevor sie bemerkt wurde. Der sich schnell ansammelnden Menschenmenge rief sie mit schwacher Stimme zu: „Leuten, kommt doch herauf und helft mir wieder in mein Bett!“ In aller Eile wurde die Feuerwehr alarmiert, die in kaum zwei Minuten zur Stelle war und sofort das Sprungloch ausbreitete. Geräuschlos kletterten dann Feuerwehrleute durch zwei verschiedene Dachfenster auf das Dach und zogen die Kranke unter eigener Lebensgefahr wieder in das Dachstuhlchen. Daß die Frau nicht herabgefiel, ist, erscheint als ein Wunder, umso mehr, als sie in ihrer gefährlichen Lage fortwährend mit starkem Husten zu kämpfen hatte.

**„Irren, Schwermut und Stolligkeit“** haben mich zu diesem Schritt getrieben. Ich habe keine Verwandten außer einem Bruder in Rattowik.“ Das sind die letzten Aufzeichnungen des 48 Jahre alten Bankbeamten Robert Kotzke, der sich am Sonntagmorgen um 3/4 Uhr erschoss und aus dem Fenster stürzte. Der Unglückliche war sofort tot. Man legte die Leiche auf einem Hausflur nieder, bis sie nach dem Schaubaus abgeholt wurde. Auf dem Tisch im Zimmer lag, zusammen mit seinem Taschentuch, ein Zettel mit der vorhergehenden Aufschrift und ein Beutel mit 700 M. in verschiedener Münze, seine Geldtasche mit drei Zwanzigmarksstücken und ein Sparbüchlein über 2000 M.

**Gestohlene Gegenstände.** Bei dem Pfandleiher Drebert, Weidenweg, sind am 28. März d. J. von einer unbekannt gebliebenen Frau 16 Bände des Konversationslexikons von Brockhaus auf einer Steuerzettel des Arbeiters Karl Winter, Weidenweg 77, verpfändet worden. Schon früher sind auf dieselbe Legitimation an derselben Stelle ein weißes Damenkleid mit kleinen Blümchen, eine goldene Brosche, ein goldenes Kreuz mit Kette und eine braune Tischuhr mit vier runden Holzrädern verpfändet worden. Da ein Arbeiter Winter Weidenweg 77 nicht zu ermitteln ist, die Gegenstände auch bisher nicht eingelöst worden sind, so liegt der Verdacht nahe, daß dieselben durch strafbare Handlungen in den Besitz jener Frau gelangt sind. Die rechtmäßigen Eigentümer der Gegenstände werden ersucht, sich Wochentags zwischen 9 und 1 Uhr auf Zimmer 248 des Polizeipräsidiums zu melden.

**Brandstiftung** wurde bei einem Dachstuhlbrande konstatiert, der Sonntag früh 7 Uhr Hagelbergerstr. 16 zum Ausbruch kam. Ein dienstfreier Feuerwehrmann, der zufällig vorüberging und Rauch durch das Dach steigen sah, stürzte nach oben und übernahm das Lösungsverl, bis die alarmierte Feuerwehr eintraf. Der Brand konnte noch mit Leichtigkeit abgelöscht werden, doch wurde mit Sicherheit Brandstiftung festgestellt. Vom Täter fehlt noch jede Spur.

**Straßenverengung.** Die Muskauerstraße von der Eisenbahn bis zur Jughofstraße wird vom 1. August ab zur Asphaltierung, die Marienfeldestraße von der Reichenbergerstraße bis zum Kottbuser Ufer vom 3. ab wegen Umpflasterungen bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Aus den Nachbarorten.**

**Treptow-Baumshulenkweg.** Der Verein „Vorwärts“ hält seine Versammlung am Mittwoch, den 2. August, im Lokal von Herrn Staßfeldt, Baumshulenkstr. 84/85, ab, in der Genosse Lankow einen Vortrag über „Vollschule und Juntertum“ halten wird. Ferner geben wir noch bekannt, daß am Sonntag, den 6. August, eine Beschäftigung der Berliner Molkereiarbeiter in der Gitschinerstraße stattfindet. Abfahrt Station Baumshulenkweg 9 Uhr 33 Min. Vorm. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

**Aus Rixdorf.** Ein bedauerlicher Unglücksfall trat sich Montagvormittag in der Hermannstraße zu. Die hiesige Schillinggilde marschierte zu ihrem Königshieken aus. Unter den Zuschauern befand sich auch der fünfjährige Sohn des Arbeiters Jerbe, Hermannstraße 128 wohnhaft. Der Knabe stand auf der Straße, wollte mit der vorüberziehenden Musik mitlaufen, lief aber dabei direkt unter einen Dampfwagen, dessen Vorderrad ihm über den Leib ging. Schwerverletzt ward der Knabe unter dem Wagen vorgezogen und zu einem Arzte gebracht, gab aber schon auf dem Wege dahin seinen Geist auf.

**Adlershof.** Wieder einmal ist durch den Amtsvorsteher v. Oppen eine der Amtshandlungen vorgenommen worden, bei welchen selbst die nicht von socialdemokratischen Giste durchseuchten Arbeiter den Kopf schütteln. Am Sonntag hielten im Lokal von Schmauser in Adlershof die Mitglieder der Konsum-Genossenschaft „Befreiung“ ein geselliges Beisammensein mit Familie ab und hatten daselbst auch dem Amte ordnungsmäßig angezeigt. Alles war fröhlich und guter Dinge und kein Mensch dachte daran, daß durch Klavierpielen, Singen und Tanzvergnügen staatsgefährliche Handlungen begangen würden, als um 9/4 Uhr der Herr Obergendarm in Begleitung von noch sieben anderen Beamten erschien, Feierabend für den Saal gebot und das Einstellen der Musik und des Tanzes verlangte. Ueberhaupt von diesen Befehlen trat eine Pause in der Unterhaltung der frohlichen Gesellschaft ein, und nun verstellten die Beamten einfach das Piano mit zwei Amtstiegeln des Amtsbezirks Alt-Glienicke. Dann, nachdem die Antwortenden durch die Beamten zum Saale hinausgewiesen waren, wurde das Gas ausgedreht, die Saaltür verschlossen und auch hier auf das Thürschloß ein papierernes Amtstiegel geklebt. — Soli Nam von den Staatsfeinden die Möglichkeit, sich zu amüßieren, verhalten. Diese Aktion gegen den Konsumverein sprach sich selbstverständlich bald in Adlershof herum und hunderte von Personen strebten nun nach dem Schmauser'schen Lokal.

Das Vergnügen für die Teilnehmer war gestört, aber nun begann erst das Vergnügen für den Wirt. Denn alles wollte sich an Ort und Stelle die blauen Amtstiegel ansehen, und dieses Ansehen ging so trocken zu, daß die Kellner nicht genugsam Bier heranschleppen konnten. Der Wirt machte nun erst ein um so höheres Geschäft und schmunzelnd freute er sich über die von ihm nicht veranlaßte Reklame. Ein Krenser, in welchem köpender Ausfüllger anlangten, welche zum Schluß noch einen Beendigungsschoppen bei Schmauser tranken wollten, wurde von den Gendarmen von der Straße vor dem Lokal forigewiesen, obwohl er nicht die Passage verperrte, wie das vorn an der Bahn beim Gastwirt Leopold durch 9 Krenser geschah.

Angesichts dieser schon des öfteren arrangierten Vorkommnisse fragt man sich: Was beabsichtigt der Amtsvorsteher von Oppen mit diesen Dingen? Will er etwa damit beweisen, daß die Arbeiter von Adlershof nicht ohne polizeiliche Eingriffe ihre Vergnügungen abhalten können? Dieser Beweis ist jedoch leider schon zu häufig erbracht worden. Auch die rechtliche Seite der Sache giebt den Steuerzahlern von Adlershof zu denken; denn wenn einer geschlossenen Gesellschaft in dem von ihnen gemieteten Räumen das passieren kann, so kann jedem Privatmann das Gleiche bevorstehen.

Das charakteristische aber für diesen Zustand ist, daß einem Rame, der wiederholt sich mit seinen Anordnungen auf ungeleglichem Boden bewegte, die weitgehenden Befugnisse eines Verwaltungsbeamten anvertraut werden, nach wie vor besteht.

**Friedrichsfelde.** Auf dem hiesigen Rangierbahnhofe verunglückte am Sonntagabend der Rangierer Weidling aus Rummelsburg. Ein Teil der Rangierarbeiten bremsten die von der Rangiermaschine



abgestoßenen Wagen, um zu verhindern, daß dieselben mit den schon stehenden zu scharf zusammenprallen. Da nun nicht auf jedem Wagen sich eine Bremse befindet, so sind die Arbeiter mit 1/2 Meter langen armstarken birkenen Knütteln ausgerüstet. Kommt nun ein Wagen angerollt, so schiebt der Arbeiter den Bremsknüttel zwischen die Wagenfedern und brüht resp. legt sich auf das äußere Ende des Knüttels, so daß das Mittelstück auf dem Bahnrailen gleitet. Wiedergewollte einen in schnellem Tempo daher rollenden Wagen bremsen, ehe er jedoch den Bremsknüttel richtig fest hatte, erhielt er von dem Trittbrett einen heftigen Stoß, so daß er den Knüttel losließ, dieser schlug jedoch im selben Augenblick heftig zurück und traf den B. gerade ins Gesicht. Mit fürchterlicher Wucht wurde er in ärztliche Behandlung gebracht.

**Aus dem Eisenbahngang gefallen.** Ein Unglücksfall, der sich am Sonntagabend auf dem Vorortzug, der von Wusterhausen 7 Uhr 50 Minuten nach Berlin fährt, ereignete, giebt Anlaß darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, daß die Fahrgäste sich versichern, ob die Koupéthür geschlossen ist. Besonders gilt diese Warnung für Eltern, die ihre Kinder mit sich führen, da die Kleinen die Gewohnheit haben, sich an die Thür anzulehnen. Auf diesen Umstand ist es zurückzuführen, daß in dem bezeichneten Zuge das 3/4 Jahre alte Kind des Hausdieners Wedel kurz vor der Station Adlershof aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug zum Entsetzen der Eltern plötzlich hinausfiel, weil die Thür nicht sicher verriegelt war. Das Kind fiel zwischen die beiden Seitenengeleise, und zum Entsetzen aller brauste eben von der entgegengekehrten Seite ein Zug heran, der das Kind weiter in Gefahr brachte, überfahren zu werden. Zum Glück hörte der Zugführer das Schreien der Jungs des vorbeifahrenden Zuges, weshalb er seinen Train zum Stehen brachte und den verunglückten Knaben ausnahm. Mütterliche waren die geängsteten Eltern von der Station zurückgerufen und brachten das besinnungslose Kind zum Arzt, der eine schwere Gehirnerschütterung feststellte. Der Vater des verunglückten Kindes bittet, daß sich Zeugen des Vorganges bei ihm melden mögen. Die Adresse ist: Wedel, Adlershof, Kaiser Friedrichstr. 40.

**Große Mißstimmung** rief ein Unfall hervor, den am Montagmorgen die Dampfboote Zoologischer Garten—Steglitz zuwege brachte. Um 10 1/2 Uhr wollte der Kaufmann Wilhelm Schwab aus der Weihenburgerstraße an der Joachimsthaler- und Kantestraße mit seinem Geschäftswagen die Schienen kreuzen, als ihn die Maschine 5 mit dem Wagen 7 der Dampfboote, ohne daß der Führer das Warnungszeichen mit der Glöde gegeben hatte, von rechts anfuhr und dann nochmals heftig traf, als Sch. auszuweichen versuchte. Hierbei wurde der Geschäftswagen am Unterbau völlig zertrümmert und blieb auf dem Geleise liegen. Die Dampfboote hielt aber auch jetzt nicht an, sondern schob den zerfahrenen Wagen noch eine kurze Strecke vor sich her, bis auch das Pferd zu Fall kam, und das Geschirr zertrümmert. Der Kaufmann Sch., der mit seinem Kutscher auf dem Gefährt saß, wurde mißamt diesem heruntergeworfen; beide blieben aber unversehrt. Die Trümmer wurden später auf einem Möbelswagen abgeholt. Infolge des Zusammenstoßes wurde das Pferd der Droschke I. Klasse 1339 schwer und ging durch; die Droschke erlitt geringfügige Beschädigungen. Die Schuld an dem Zusammenstoß wurde allgemein dem Führer der Dampfboote beigemessen, und es fehlte nicht viel, so hätte man ihn von der Maschine heruntergeholt und geächtet. Die einzigen Personen, die mit dem Vorfall zutreffen waren, sind Lehrlinge aus einem benachbarten Bau gewesene, die sich die dem Geschäftswagen entfallenen Kollapsen ausliefen und gut schmecken ließen.

**Die neuen Wählerlisten** zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Spandau sind während ihrer öffentlichen Auslegung von insgesamt etwa 400 Personen, zum größten Teile Arbeitern, eingesehen worden. Die neue Liste, welche wieder für die Wahl nach Alpha B E I S E R Weihenburgerstraße eingerichtet ist, enthält zusammen etwa 11 862 Wähler der 3 Abteilungen, wovon 262 Wähler auf die erste, etwa 2000 Wähler, oder 8 Mal soviel, auf die zweite, und rund 9600 Wähler, oder nahezu 87 Mal soviel als in der ersten, auf die dritte Abteilung entfallen. Die zweite Abteilung beginnt mit einem Steuerfuge von 70,20 M. Der für die erste Wahlabteilung maßgebende M i n d e r s t e u e r f u g e beträgt 420 M.

**Einen harten Kampf** mit einem Eindringler hatten in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Spandau zwei Einwohner zu bestehen. In das Wirtshausgeschäft der Witwe Klüberth dahlhoff lag in jener Nacht gegen 1 Uhr ein Dieb ein, nachdem er zuvor eine Fensterscheibe eingebrochen und den Fensterriegel geöffnet hatte. Von dem durch das Klirren der Scheiben entstandenen Geräusch aufgeweckt, stieß Frau K. ein Licht an und ging in den Laden, um sich nach der Ursache des Geräusches umzusehen. Der Eindringler griff die alte Frau sofort thätlich an und schlug ihr das Licht aus der Hand; auf ihre Hilferufe eilte der erwachsene Sohn der Bedrohten hinzu und in der Dunkelheit entspann sich zwischen den beiden Männern ein heftiger Ringkampf. Der Eindringling brachte dem jungen Klüberth mehrere Schlägen an der rechten Hand bei, wurde schließlich aber doch überwältigt und zu Boden geworfen, worauf er bewußtlos liegen blieb. Inzwischen gelang es der Frau K. wieder Licht zu machen und mehrere Nachbarn, sowie einen Nachbader herbeizurufen. Der Eindringler, ein neunzehnjähriger Badergehilfe namens S ä h r i n g, wurde zur Polizeiwache und von hier nach dem Krankenhaus transportiert. S ä h r i n g ist seit seiner frühesten Jugend ein gefährlicher Dieb; erst am Tage vor dem Einbruch, also am Freitag, ist er nach Verurteilung einer Gefängnisstrafe von 1 1/4 Jahr, die er sich wegen schweren Diebstahls angezogen, aus der Strafanstalt Bronke, Provinz Posen entlassen worden.

**Die Ermordung des Uhrmachergehilfen Julius Schmidt** hat trotz der von der Kriminalpolizei aufgenommenen sorgfältigen Recherchen noch keine Klärung gefunden. Die Behörden nahmen anfangs an, daß Sch. beim Wildern von einem Beamten oder Förster überfallen worden und dann im Kampfe getötet sei. Die nach dieser Richtung hin eingezogenen Ermittlungen haben jedoch ergeben, daß eine derartige Möglichkeit vollkommen ausgeschlossen und daß zweifellos ein Mord verübt worden sein muß. Schmidt hat, als er die tödliche Verletzung erhielt, das in der Nähe der Verblettstelle aufgefundenen Messer auf dem Rücken getragen. Es kam demnach, und dies ist auch durch den Befund des Thäters bestätigt, ein Kampf zwischen Sch. und seinem Mörder nicht stattgefunden haben. Die Wunde, welche die tödliche Verletzung verursachte, ist aus nächster Nähe auf 2-3 Meter Entfernung abgefeuert worden. Es handelt sich um ein 6 Millimeter-Geschoss, das an der Schläfe in das Gehirn gedrungen, dieses in schiefer Richtung durchschneiden und an der Decke des Hinterkopfes stecken geblieben ist. Der Tod des Unglücklichen muß auf der Stelle erfolgt sein. Der Mörder hat irgendwelche Spuren nicht hinterlassen. Er dürfte wahrscheinlich in dem Bekanntenkreise des Verstorbenen zu suchen sein, und die Kriminalpolizei nimmt an, daß der Thäter in Baumshuldenweg, Nieder-Schöneweide oder Johannisdahl zu suchen sei. Falls Schmidt am Tage vor dem Mord oder in der folgenden Nacht in Begleitung eines Fremden gesehen worden sein sollte, wäre es wünschenswert, daß etwaige Zeugen ihre Wahrnehmungen sofort entweder beim Amtsvorsteher in Treptow oder dem hiesigen Polizeipräsidenten mitteilen würden.

**Ein blutiger Kampf** hat sich in der Nacht zum Montag um 10 1/2 Uhr in Treptow abgespielt. Das Wirtshaus Feldschlößchen in der Eisenstraße ist von einer Landenkolonie umgeben. Von hier aus haben schon oft Reiderien ihren Ausgang genommen, die zwischen Gästen des Wirtshaus und zweifelhaften Persönlichkeiten entstanden. Am Sonntag spät abends kam es zu einem ersten Vorgang, bei dem das Messer eine hervorragende Rolle gespielt hat. Gäste aus dem Feldschlößchen sollen jedoch diesmal nicht beteiligt gewesen sein. Wodurch der Kampf hervorgerufen wurde, ist noch nicht festgestellt; Thatsache ist, daß eine Blutspur vom Feldschlößchen nach der Verbindungsbahn an der Köppler Landstraße die Eisenstraße entlang führt. Von Zeit zu Zeit sind dort Stellen erkennbar, an denen die Verwundeten Rast gemacht haben. Um 11 Uhr wurden in Stängel-

ichen Rettungswagen der Tischler Paul Kabely aus der Rübenerstraße 8, der Arbeiter Wilhelm Kepler aus der Riechholzstraße zu Treptow und der Tischlerlehrling Rudolf Weil aus der Sorauerstraße 6 vom Feldschlößchen abgeholt und nach der Rettungswache am Wörliger Bahnhof gebracht. Kabely hatte zwei Messerstücke in den Rücken, Kepler mehrere solche in den Kopf, Weil zwei Stiche in die Muskulatur des linken Oberarms erhalten. Außerdem waren bei allen Spuren anderer Verletzungen am Kopf und Körper zu sehen. Alle drei wurden dem Krankenhaus am Urban überwiesen. Sie wollen genaue Auskunft nicht geben können.

**Zur Vorsicht mahnt ein Feuer**, dessen Ausbruch auf Mangel an Ueberlegung zurückzuführen ist. In der Nacht zum Montag, um 11 1/2 Uhr, machte der Goldarbeiter Wiegner beim Nachhausekommen die Entdeckung, daß in der Wohnung des Apothekers Hübler, Scharenstraße 6 zu Charlottenburg, ein Brand entstanden war. Die Wehr wurde gerufen und löschte die Flammen, die noch keine große Ausdehnung genommen hatten. Als Ursache des Brandes ergab sich, daß ein Dienstmädchen das Schlafzimmer zurecht gemacht und in der Annahme, der Bewohner werde bald kommen, ein auf einen Gasleuchter gestecktes Licht auf dem Tisch hatte brennen lassen. Das Licht war heruntergebrannt und hatte den Leuchter zum Verspringen gebracht. Dadurch waren eine Tischdecke und Kleidungsstücke entzündet worden.

**100 Kilogramm Telegraphenleitungsdraht** sind in der Nacht zum 28. Juli von der Leitung am Mariendorfer Weg zwischen den Stangen Nr. 81 und 83 gestohlen worden. Die Diebe haben die Drähte mittelst scharfer Instrumente durchgeschnitten und dann ihre Beute vermulich auf einem Handwagen davongeschafft.

**Ein nettes Fräulein** ist der 10jährige Schüler Wilh. C. aus der Goltstraße 14, der verschiedene Diebstähle in der raffiniertesten Weise ausgeführt und dabei die Routine eines alten Spitzbuben an den Tag gelegt hat. Bei einer Witwe in der Goltstraße erbrach er gewaltsam die Schlösser zum Schürerstuhl, suchte sich die besten Tiere aus und verkaufte sie. Das erlöste Geld legte er dann in allerlei Gegenständen an. Aus einem Laden in der Barbarossastr. dessen Thür offen stand, entwendete er außer einigen Kleinigkeiten auch bares Geld, das er sehr geschickt unbemerkt aus der Ladenkasse nahm. Durch diesen gelungenen Diebstahl dreist geworden, wagte er sich an schwierigeren Sachen. In der Potsdamerstraße hatte er bemerkt, wie die Verkäuferin eines Kolonialwarengeschäfts kleines Geld auf den Ladentisch gelegt und sich darauf in das Nebenzimmer begeben hatte. Flugs öffnete er leise die Thür, schlich in den Laden, nahm das Geld an sich und that dann noch einen gehörigen Griff in die Ladenkasse, um daraus schleunigst das Meiste zu fuchen. Einem Schenkmann fiel das seltene Wesen des nach allen Seiten sich ängstlich umschauenden Kindes auf, weshalb er ihn festnahm und zu einem Geständnis, eben gestohlen zu haben, veranlaßte. Der Junge gab später auch zu, noch andere Diebstähle ausgeführt zu haben.

## Gerichts-Beilage.

**Sosopferlänger Julius Liban** nebst Gattin hatten gestern vor der 139. Abteilung des Schöffengerichts als Zeugen gegen den Droschkentreiber Johann Lannhäuser aus Charlottenburg aufzutreten, welcher der Beleidigung beschuldigt war. Am Abend des 30. Mai kam das Künstler-Theater vom Opernhaus. Es benutzte seine Fuhrer, um nach der in der Leffingstraße gelegenen Wohnung zu gelangen. Am großen Stern schloß der Angeklagte sich den beiden Zeugen in unliebsamer Weise an. Er folgte unmittelbar hinter den Kutschen, klopfte unablässig mit der Peitsche und ließ laute Rufe aus. Die Nachfahrer fuhren wiederholt bei Seite, um den Angeklagten vorbeiziehen zu lassen, dieser bog dann aber nach derselben aus und blieb besonders immer dicht hinter Herrn Liban. Dieser Anflug wurde fortgesetzt, bis der „Kleine Stern“ erreicht war. Der Zeuge Liban atmete auf, als er nach rechts abbiegen konnte, um die Leffingstraße zu erreichen. Er glaubte nun von dem Störenfried befreit zu sein, irte sich aber, denn der Angeklagte folgte ihm auch hierher und drängte ihn mit seiner Droschke so nahe an die Vorhölle, daß Herr Liban abspringen mußte, um nicht zu Falle zu kommen. Er sowohl wie seine ebenfalls abgestiegene Gattin machten dem Droschkentreiber Vorhaltungen, wie er sie so mutwillig in Gefahr bringen könne. Als Antwort wurden sie mit einer Anzahl Schimpfworte überhäuft, von denen „Verfl... Chauvesköpfe!“ noch das zarteste war. Nun ließen die empörten Zeugen den Angeklagten durch einen herbeigerufenen Schenkmann feststellen. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß man in dem Angeklagten einen jener Droschkentreiber vor sich habe, welche ihrer Abneigung gegen die Nachfahrer bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck brachten. Diefem Anflug müsse energisch gesteuert werden. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Woche Gefängnis. Der Vorsitzende bezeichnete das Verhalten als frech und unverschämmt. Nur mit Rücksicht auf dessen bisherige Unbescholtenheit sei es bei dem Antrage des Staatsanwalts verblieben.

**Ein verhängnisvoller Liebedienst** führte gestern die Wäscherin Vertha Grund aus Schönberg unter der Anführung der fahrlässigen Lösung vor die zweite Strafkammer am Landgericht II. Die Angeklagte hatte eines Tages bei den Schneidermeister S e r s e n s einen Eheleuten große Wäsche gewaschen, als das halbjährige Kind derselben unangekündigt schrie. Sie hatte den Leib des Kindes mit warmem Oel eingerieben und dann tüchtig gestrichen und gerieben. Die Schmerzen des Kindes schienen nach dieser Prozedur nachgelassen zu haben, denn es beruhigte sich alsbald. Einige Zeit später, am 18. Dezember v. J. schrie das Kind wieder unangekündigt, Frau Grund wurde wieder herbeigeholt und vollzog die Prozedur noch einmal. Diesmal versagte dieselbe, das Kind schrie weiter. Da kam die kluge Frau auf den Gedanken, das Kind müsse sich ein Glied verrenkt haben und wollte nun dasselbe „ziehen“. Sie legte das Kind auf den Bauch und brachte über dem Rücken derselben den rechten Fuß mit dem linken Arm und den linken Fuß mit der rechten Hand in Berührung. Aber auch das half nichts, das Kind schrie noch mehr wie früher, so daß endlich ein Arzt zu Rate gezogen werden mußte. Dieser konstatierte, daß die Angeklagte, als diese das Kind „zog“, demselben den rechten Oberschenkel aus dem Gelenk gebrochen hatte. Es wurde zunächst ein Gipsverband angelegt, der aber bald wieder entfernt werden mußte, weil sich an der Wundstelle Eiter gebildet hatte, der durch einen Einschnitt entfernt werden mußte. Am 10. Januar d. J. starb das Kind und wurde beerdigt, nach sechs Wochen aber auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wieder ausgegraben und obduciert. Kreisphysikus Sanitätsrat Dr. E l t e n konstatierte, daß das Kind an den Folgen des schwer zu heilenden Bruches gestorben sei, den die Angeklagte unter großer Gewaltanwendung herbeigeführt habe. Die Behandlung seitens des später zugezogenen Arztes sei dagegen eine durchaus sachgemäße gewesen. Der Gerichtshof verurteilte nicht, daß die Angeklagte in ungenügender Absicht helfen wollte, hielt aber doch die Fahrlässigkeit für eine sehr grobe und erkannte auf drei Monate Gefängnis.

## Veranstaltungen.

**Ueber die Lohnveränderungen, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Arbeiterentlassungen in der Bichelsdorfer Brauerei**, die im Anschluß an den Vorkott in diesem Betriebe vorgenommen wurden, verhandelte am Sonntag bei Cohn, Weiststraße, eine öffentliche Versammlung der Brauereiarbeiter, zu der neben der Brauereidirektion auch die übrigen Interessenten (Sollworte etc.) eingeladen waren. Die Direktion der Bichelsdorfer Brauerei hatte der Einladung keine Folge geleistet, weil, wie sie in einem längeren Schreiben unter anderem mittelst, die Zeit eine ungeeignete sei und vordem keine Verbindung mit ihr über die Abhaltung derselben stattgefunden hat. Außerdem trägt sie den Verlauf der in Spandau abgehaltenen Versammlung, die parteiische

Verichterstattung, und erklärt sich die Direktion in diesem Schreiben dazu bereit, mit einer Kommission der Brauerei-Arbeiter zur Beilegung der Differenzen zu verhandeln.

Das einleitende Referat hatte S e r s e n s Spandau übernommen, der, nachdem er sich zunächst gegen die verschiedenen unzutreffenden, in dem Schreiben der Direktion enthaltenen Behauptungen gewandt hatte, die den Leuten des „Vorkotts“ bereits bekannten Vorwissen, welche den Vorkott über die Bichelsdorfer Brauerei notwendig machten, eingehend erläuterte. Der Redner weist zum Schluß seiner Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Versammlung darauf hin, daß es die Aufgabe jedes Arbeiters ist, dafür Sorge zu tragen, daß der Beschluß gegenüber der Bichelsdorfer Brauerei, die der organisierten Arbeiterkraft den Krieg erklärt hat, im vollen Maße zur Durchführung gelangt.

Wie mitgeteilt wurde, sind außer einigen Wöchtlern bis jetzt 24 Brauereiarbeiter, darunter auch ein Brauführer, der bereits circa 10 Jahre in der Brauerei beschäftigt war, entlassen worden. Die neue Arbeitsordnung, die den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt wurde, bedeutet nicht nur eine Reduzierung der Löhne und eine erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit, sondern enthält auch noch eine Reihe von sonstigen Bestimmungen, durch welche die früheren Einrichtungen für die Arbeiter bedeutend verschlechtert werden. Nach der bisherigen Arbeitsordnung, die 5 Jahre lang bestand, betrug die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden, nach der neuen Arbeitsordnung für Tag- sowie Nachtschicht 10 Stunden. Außerdem wird eine zweifelhafte Arbeitszeit am Sonntag, der sonst gänzlich frei war, verlangt, so daß eine Verlängerung der Arbeitszeit um nicht weniger als 11 Stunden pro Woche vorgenommen worden ist. In demselben Maße wurden die Löhne statt erhöht ganz wesentlich erniedrigt, und zwar in der Weise, daß statt der früheren wöchentlichen von nun an monatliche Lohnzahlungen stattfinden soll und dabei sind die Monatslöhne so festgesetzt, daß sie gegenüber den bisherigen Löhnen, die 30 bzw. 34 M. pro Woche betragen, um etwa 10 bis 15 M. niedriger sind. Die Ueberstunden, die bisher an Wochentagen mit 60 Pf., an Sonntagen mit 70 Pf. vergütet worden sind, sollen nach der neuen Arbeitsordnung mit 50 bzw. 60 Pf. berechnet werden. Sehr gering werden, wie angeführt wurde, die in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen für die sehr anstrengende und ungesunde Arbeit entlohnt. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Direktion, um an den Löhnen zu sparen, immer bestrebt war, statt der gelehrten, ungelernete Arbeiter einzustellen. Von allen Disziplinsrednern wurde das Vorgehen der Brauereileitung scharf verurteilt und wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben, daß man dieses Vorgehen gegenüber den Socialdemokraten und den Brauerei-Arbeitern längst geplant hat. U. a. soll dem Herrn Referententnant Direktor Hoffmann nicht nur der Müllschloßpott, sondern auch die angelegte Thatsache, daß sein Verleher mit seinen ebenfalls thätigen Klaffengenossen leidet, wenn der Saal der Brauerei auch den Arbeitern zur Verfügung steht, sehr unangenehm sein. Ferner aber meinte die Direktion, daß noch nicht genügend Bier aus der Bichelsdorfer Brauerei von der Arbeiterkraft konsumiert wird und sollten gelegentlich, wie ein Redner ausführte, die Brauerei-Arbeiter dahin wirken, daß ein größerer Absatz erzielt wird. Von einigen Rednern wurde nachgewiesen, daß die in der Brauerei beschäftigten Arbeiter ihrerseits die in der Arbeitsordnung enthaltenen Bedingungen wohl genau beachtet haben, daß aber seitens der Brauereileitung in mehr oder weniger auffälliger Weise Maßregelungen vorgenommen worden sind, wenn die Arbeiter von den vereinbarten Rechten Gebrauch machten. Allgemein wurde konstatiert, daß die ehemals für Berlin recht unbedeutende Brauerei nur durch die Arbeiterschaft so groß geworden und einen so bedeutenden Absatz ihres Bieres erzielen konnte. Umso mehr sei das gegenwärtige Vorgehen der Brauerei zu verurteilen und plädierten alle Redner dafür, daß der Vorkott nicht nur auf Spandau beschränkt, sondern in vollem Umfange auf Berlin ausgedehnt werde und in jeder Weise zur Geltung kommt. Nach der längeren Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung der Brauerei-Arbeiter stellt in dem Vorgehen der Brauereileitung Bichelsdorfer der Arbeiterkraft gegenüber, besonders aber in dem Verleher gegen das Arbeitspersonal der Brauerei eine Herausforderung der Arbeiterkraft im allgemeinen und eine völlig unmotivirte Maßregelung der Brauerei-Arbeiter im besonderen. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Beschlüsse der Spandauer Versammlung von der Berliner Arbeiterkraft die notwendige Unterstützung finden und überall zur vollen Durchführung gelangen. Die Versammlung spricht im weiteren die Erwartung aus, daß der Vorkott nicht früher aufgehoben wird, bis die Einstellung der gemäßigten Arbeiter zu den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder erfolgt ist. — Mit der weiteren Wahrnehmung der ganzen Angelegenheit wurde die Agitationskommission betraut, die sich zu diesem Zwecke mit den hierbei in Betracht kommenden Personen in Verbindung zu setzen hat. Unter „Verschiedenes“ wurden wieder die schlechtesten Zustände im „Münchenberger Brauhaus“ und das persönliche Verhalten des Direktor Krndt in dieser Brauerei beschäftigten Arbeitern gegenüber einer herben Kritik unterzogen. Von den Rednern wurde mit dem Hinweis auf mehrere Vorwissen behauptet, daß Direktor Krndt seine früher gegebenen Versprechungen nicht nur nicht gehalten hat, sondern daß seine Maßnahmen im völligen Widerspruch mit der vielfach von ihm zur Schau getragenen Arbeiterfreundlichkeit stehen.

„Centralverein der Bildhauer Deutschlands“ (Veranstaltungsbüro Berlin). Versammlung: Abend des 22. abends 8 1/2 Uhr. Bildhauerabend. Modelleurangelegenheiten.

## Vermishtes.

**Ueber ein Eisenbahn-Unfall** bei Grafenstein zwischen den Stationen Klagenfurt und Marburg teilt die „Neue Freie Presse“ folgendes mit: Infolge der Entgleisung riß der Zug in 4 Teile. Die letzten 3 Waggons stürzten die Böschung hinab und wurden zertrümmert. Die Verunglückten sind, soweit bisher bekannt, Deutscher aus Wien und Klagenfurt.

**Zu dem schweren Unglücksfall** im Kieler Hafen gehen nachträglich noch folgende Schilderungen ein: Die unter Segel befindliche Gie des Hafenskapitans, besetzt mit einem Dedoffizier, einem Unteroffizier und sechs Matrosen, wurde zwischen Mollenort und Friedrichsort von einer schweren Regenböe überrascht, welche das Fahrzeug zum Kentern brachte. Sämtliche Insassen befanden sich in Lebensgefahr. An der Unglücksstätte erschienen alsbald die am Torpedoschießstand zu Friedrichsort beschäftigte Dampfmaschine, sowie der Hofdamen der Neuen Dampfer-Kompagnie „Döttcher“. Der Dampfmaschine gelang es, drei Matrosen zu retten. Vom Dampfer „Döttcher“ wurden der Dedoffizier und der Unteroffizier aufgenommen. Der erste war bereits von einem der Matrosen unter Wasser gezogen, erschien aber nochmals an der Oberfläche; und in diesem kritischen Augenblick gelang es dem Kapitän Koch, dem Entrollenden die Rettungsboje über den Kopf zu werfen, mittels welcher sich der Dedoffizier rettete. Die beiden Verletzten wurden an der Reventlowbrücke gelandet. Die übrigen drei Matrosen sind bedauerlicherweise in den Fluten umgekommen. Die Entkommenen sind: der Matrose Dahmer aus Eggenfeld, Kreis Udermünde, Matrose Müller aus Albed, Kreis Udermünde, und Matrose Münsterberg aus Jarlau in Ostpreußen. Die gesamte Besatzung der Gie war am Donnerstagabend erst von Heimatsurlaub zurückgekehrt.

Von anderer Seite gehen uns über den traurigen Unglücksfall noch folgende Mitteilungen zu: Die Gie fuhr nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr unter der Führung des Dedoffiziers Link vom Torpedohafen auf die Außenförde hinaus. Unt hatte den Auftrag, die Leute für den morgigen Wettkampf des Kaiserlichen Nachklubs mit dem Regattaclub bekannt zu machen. Die Gie hatte wegen des starken Bewandens schweren Ballast, nämlich fünfzehn Waggons und zwei gefüllte Wasserfässer. Zur Besatzung gehörten außerdem der Unteroffizier Rohwedder und sechs Matrosen. Die Katastrophe ereignete sich, als der Heimweg angetreten war. Eine See füllte das Fahrzeug, welches in wenigen Augenblicken wegkam. Die



gefangene Besatzung hatte Oelzug an. Aus diesem Grunde war auch das Anlegen der Schwimmwesten unterblieben. Jeder der Unglücklichen war somit auf seine eigene Kraft angewiesen, da nur wenige Schwimmende Gegenstände vom Boot freigelassen waren.

**Vein Besetzung eines Berliner Juges tödlich verunglückt.** Vom Abend früh die in Kärnten wohnhafte Frau Mertens. Der Jug hatte sich bereits langsam in Bewegung gesetzt, als die Frau noch schnell auf die Plattform springen wollte. Dabei trat sie einen Reibstrahl und geriet so unglücklich zwischen die Räder, daß sie überfahren wurde. Der Kopf wurde der Krümmer buchstäblich vom Dampfe getrennt.

In Neapel erprobte bei einem anlässlich eines Volksfestes abgedrängten Feuerwerk ein Feuerwerkskörper. Ein Feuerwerker wurde getötet, 85 Personen verletzt, unter ihnen mehrere erheblich.

**Der Orang-Utan Peter auf der Flucht.** Am 29. Juli, nachmittags, ist der junge Orang-Utan „Peter“, das seltenste und schönste Affenexemplar der Schönbrunner Menagerie, aus seinem Käfige entsprungen. Peter legierte gewöhnlich im Elefantenhause, wurde aber am 28. Juli wegen der großen Hitze ins Freie gebracht, nämlich in einen kleinen Hof, der oben mit einem Drahtgitter versehen ist. Peter griff nach den Drahtgittern, geriet so und sprang auf das Dach, wo er sich zunächst ruhig niederließ. Als aber dann der Wärter ihn herbeilodete, schwang er sich auf das nächste Dach, dann auf einen Baum und sprang lustig weiter bis in die Höhe des Palmenhause, wo er sich auf einer hohen Platane niederließ und daran ging, sich eine Lagerstätte herzurichten. Peter, ein sehr kräftiger Geselle — er besitzt die Körperkraft dreier erwachsener Männer — brach mächtige Äste ab, und nach einigen Kletterübungen legte er sich in sichtlich behaglicher Stimmung zur Ruhe. Der Käfig Peters mit einem ledernen Mahle wurde in die Höhe der Platane gestellt, und mehrere Wärter brachten die Nacht bei dem Baume, in der Erwartung, ob der Orang-Utan nicht vor der Nachtflucht in sein Heim zurückkehren werde. Das geschah aber nicht. Er wachte am nächsten Morgen gegen 3 Uhr auf und unterließ sich mit Klettern, zeigte aber keine Lust, herabzukommen. Ein weiterer Plag um die Platane, den gegenwärtigen Lustige Peters, ist mit Leinen abgeschlossen worden. Die Peter heruntergeholt werden soll, darüber ist noch keine Entscheidung getroffen. Vorläufig amüsiert sich der Affen vorzüglich auf der Platane. Man hat alle weiteren Versuche, den Orang-Utan gewaltsam einzufangen, eingestellt, da sie mit Lebensgefahr für die Wärter verbunden sind und auch völlig aussichtslos sind. Peter läßt niemanden nahe kommen und würde jedem, der es wagen würde, den Baum zu erklimmen, den Kopf mit einem Ast spalten. Er hat sich ganz häuslich niedergelassen und es sich sehr wohl auf seiner luftigen Höhe gemacht, er hatte sich sonstigen bürnen wenigen Stunden ein drei Stod hohes Haus errichtet, nämlich drei Nester übereinander, verbrachte aber den ganzen Vormittag in der obersten Lagerstätte. Seine Wärter fürchten, daß er nicht mehr lebend in seinen Käfig gelangen dürfte. Der Affe ist schon seit mehreren Tagen an einem beständigen Magen- und Darmkatarrh erkrankt, und infolge seiner Krankheit befindet er sich im Gegenlag zu seiner sonstigen Laune in einer sehr gereizten Stimmung. Es scheint, daß bei ihm die Wildheit ausgebrochen ist. Durch das Fernrohr konnte man mittags sehen, daß er ziemlich apathisch in seinem Nest sauzte und von Zeit zu Zeit Baumblätter ins Maul nahm, an ihnen sog und sie dann ausspuckte. Die Hoffnung, daß ihn der Hunger veranlassen werde, gutwillig der wiedererlangten Freiheit Ade zu sagen, sich ruhig einzulassen zu lassen oder aber selbst in seinen vor der Platane hingestellten Käfig zu steigen, ist sehr gering, weil er eben schon seit mehreren Tagen an Appetitlosigkeit leidet.

**Pest in Indien.** In Poona dauert die Pest fort. Innerhalb der letzten 48 Stunden wurden im Truppenlager 59 Erkrankungen und 56 Sterbefälle und in der Stadt 301 Erkrankungen und 201 Sterbefälle gezählt. Unter den Kranken sind 4 Europäer. Die Wetterlage deutet auf ein baldiges Aufhören des Nostus, was für eine sehr ungünstige Aussicht gilt.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Die juristische Zeitschrift wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.  
J. M. Ihr Bericht ist sehr gut gemeint, aber unaufrichtig. Wenn Sie mich belügen — 7-8 Uhr abends — werde ich Ihnen das klar machen. W. A.  
W. A. Mitgeteilt wurde, soll auch aus Königsberg die Feuerwehrt Hilfe geleistet haben.  
B. Neumann. 1. Eine Weltgeschichte, welche die wirtschaftliche Entwicklung zu Grunde legt, giebt es nicht. Bogts Weltgeschichte macht einen Versuch dazu, wie halten diesen jedoch nicht für gelungen. Wir halten Schölers Weltgeschichte, besonders die älteren Auflagen, noch immer für die beste, wenn sie auch wirtschaftlich nicht viel bietet. 2. Das Reichstagswahlrecht im Kreis Sagan-Sprottau im Jahre 1898 war folgendes: Im ersten Wahlgang 6915 konfessionelle, 7767 freireligiöse, 1876 sozialdemokratische Stimmen; in der Stichwahl siegte die freireligiöse Partei mit 7769 Stimmen. 3. Eine geographische Darstellung über die Bibel giebt Büttel in seiner in der Reichlichen Universitätsbibliothek veröffentlichten Schrift „Entscheidung der Bibel“.  
R. S. 100. Wenden Sie sich an Frau Bieber-Böhm, Kaiser-Wilhelmstraße 99. Sie werden dort bereitwillig nähere Auskunft erhalten.  
E. D. 121. Rein. Man heiratet die Schulden seiner Frau nicht mit.

**Wetter-Pragnose für Dienstag, den 1. August 1899.**  
Bleibend heiter bei ziemlich frühen nordwestlichen Winden, etwas höherer Nacht und wenig veränderlicher Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge.

**Marktpreise von Berlin am 29. Juli 1899**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten

*) Weizen D.-Gr.	16,25	14,80	Schweinefleisch 1 kg	1,80	1,-	
*) Roggen	15,25	13,80	Rindfleisch	1,60	1,-	
Butterwerke	13,80	13,20	Schmalz	1,60	1,-	
Hafers gut	15,00	15,-	Butter	2,40	2,-	
mittel	14,90	14,30	Eier 60 Stück	3,60	2,40	
gering	14,80	13,70	Kartoffeln 1 kg	2,00	1,80	
Rüchstroh	4,-	3,65	Kale	2,80	1,20	
Heu	6,-	3,80	Fenchel	2,60	1,20	
Erbsen	40,-	25,-	Bohnen	2,40	1,20	
Speisebohnen	50,-	20,-	Barock	1,80	0,80	
Hülften	70,-	20,-	Schilke	2,50	1,00	
Kartoffeln, neue	10,-	5,-	Blei	1,40	0,80	
Rindfleisch, Keule 1 kg	1,50	1,20	Krebie	per Schaf	12,-	1,50
do. Bauch	1,30	1,-				

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Rotierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.  
\*) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt vom 31. Juli.** In keiner Zeit tritt der Umsatz des Getreides auf die Getreidemenge so stark in die Erscheinung, wie derzeitigerweise gerade zur Zeit der Ernte. Daraus ergeben sich die vielen und nachahmlichst stark schwankenden, denen die Preise in letzter Zeit ausgedehnt sind. Amerika blieb heute ohne Einfluß auf den hiesigen Markt, da New York etwas feister, Chicago schwächerer Notierungen meldeten. Infolge des schäner, trockenen Wetters war bei uns die Stimmung fest, und Weizengetreide dürfte die am Sonnabend erzielten Quanten zum größten Teil wieder ein. Weizen und Roggen wurden ca. 2 Mr. billiger vertrieben. Hafer war 1 1/2 Mr. billiger zu haben. Rüböl gab 0,10 Mr. nach. Am Spiritusmarkt wurden 15 000 Liter Weizen mit 42,70 (- 0,20 Mr.) gehandelt. Termine lagen still und ebenfalls weichend.

**Berlin's Getreide- und Mehlmarkt vom 31. Juli.** Mittags betragen 825 Tonnen Weizen, 375 Tonnen Hafer, 25 Tonnen Gerste, 13 Tonnen Erbsen, 3570 D.-Gr. Weizenmehl, 200 D.-Gr. Roggenmehl.

**Berliner Gemüse- und Früchte-Bericht vom 22.-29. Juli.**  
Gemüse etc. Großpreise: Spinaat 5-10 Mr., Pfefferlinge 6-7 Mr., Schoten 2-3 Mr., Zwiebeln 5-5,50 Mr., neue lange Kartoffeln 2,50-3 Mr., do. runde Kartoffeln 2,50-3 Mr., do. blaue Kartoffeln 2,50-3 Mr., Rajen-Kartoffeln, 1,50-1,80 Mr., alles per 50 Pf. Peterflümmel 2,50-3 Mr., Mörräben, 2-2,50 Mr., Radieschen 75 Pf. bis 1 Mr. per Schock-Bunde. Kürbistob, 12-15 Mr., Gurken, hell 2,50-3,50 Mr., Porree 50-60 Pf., Meerrettich 12-15 Mr., Rettiche, flache 60 Pf. bis 1,50 Mr., Herbst Gurken 75 Pf. bis 1 Mr., do. Gubener 7-8 Mr., Landjäger 75 Pf. bis 1,50 Mr. per Schock, Rettiche, bayerische 5-8 Mr. per 100 Stück, Anzotten 2-3 Mr. per 100 Bunde, Kohlräben 60 Pf. bis 1 Mr., Rotkohl 1-1,50 Mr., Weißkohl 75 Pf. bis 1 Mr., Gurken, Rindschwanz 3-4 Mr. per Mandel, Kohlrabi 60-80 Pf. per Schock. — Früchte: Detailpreise: Äpfeln, alte 30-40 Pf., do. laur 30-40 Pf., Stachelbeeren 20-30 Pf., Weintrauben 70-80 Pf., Kirschen 30-40 Pf., Johannisbeeren 25-30 Pf., Weintrauben 70-80 Pf., Kirschen 30-40 Pf., Birnen 25-50 Pf., Wald-Grübeeren 70-80 Pf., Garten-Grübeeren 60-70 Pf., französische grüne Helemlisse 80 Pf., Pfannkuchen 30-50 Pf., Himbeeren 40 bis 50 Pf., Preiselbeeren 30 Pf., Kirschen 40-60 Pf. per 1/2 Kilogramm, Zitronen 5-10 Pf., Bananen 10 Pf., Pfirsiche, französische, 10 bis 15 Pf. per Stück.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 1. August.  
Neues Opern-Theater. Die Hedermand. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Grohmann. Anf. 7 1/2 Uhr. Wehen. Die Boudoirs. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Die Trübsal. Anfang 8 Uhr. Schiller. Der Postillon von Lonjumeau. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Central. Der Geizhals. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Charles Tante. Anfang 8 1/2 Uhr. Alexanderplatz. Rana. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Offen. Adrienne Lecouvreur. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 1/2 Uhr.  
Vollständiges. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Alpho. Frau Luna. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.  
Kranke. Jubaldenstr. 57/58. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Horwitz-Oper.  
Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel. Der Postillon von Lonjumeau.  
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Simeon Lugart: Margarete (Faust).  
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel: Martha.  
Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Volkstümliche Oper-Vorstellung bei halben Preisen: Der Waffenschmied.

**Offen-Garl-Weiß-Theater.**  
Gr. Franziskanerstraße 132.  
Dritteljährig aufzutreten der russischen Gesellschaften Elisabeth Gorewa.  
Adrienne Lecouvreur.  
Drama in 5 Akten von Scribe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vorabend: Dieselbe Vorstellung.  
Sonabend, zum erstenmal: Die Kubanerin. Aktuelles Schauspiel in 7 Bildern v. Dostojewski.  
Drama im Garten.  
Neues August-Programm. Fast-Antipode Perotto. Mit Olga mit ihrem mysteriösen Kopf. Stella und Dahl, Chansonnetten, Kammers-Tanze. Little Ella etc. 27 Nummern. Anf. 6 1/2 Uhr.  
Saisonkarten haben Gültigkeit.

**Central-Theater**  
Knechtelstr. 30. Alte Jakobstr. 30.  
Direktion: José Ferenczy.  
Lustspiel-Ensemble (Dr. Mily Krause vom kgl. Schauspielhaus, Herr Otto Pahl vom Schiller-Theater, Herr Rich. Ewald vom Thalia-Theater als Gäste).  
Dienstag, den 1. August 1899: Robiakt!  
Robiakt!  
Zum erstenmal:  
Der Heiratsmarkt.  
Schwank in 3 Akten von P. Alexander.

**Passage-Panoptikum**  
Geöffnet  
9 Uhr früh bis  
10 Uhr abends.  
Von 6 1/2 Uhr ab:  
Grosse Specialitäten-Vorstellung.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Die sensationellen lebenden Photographien!  
in Lebensgröße.  
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowitzchen Kostümen.  
Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

**Apollo-Theater.**  
Frau Luna  
mit dem Luftballett „Grigolatis“.  
\* Otto Reutter \*  
6 Debuts

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 14-15.  
Täglich: Großes Garten-Konzert.  
Austreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.  
Nur erstklassige Kräfte.  
Georg Fischer (Niederländer), Julius Warner (Charakter-Komiker), Erna Banola (Kölnin), The Charley Troupe (4 Perianen), Ling-Fuling (Chinesische Akrobaten), The Cowas (Original-Geckler).  
Neues gediegenes Familien-Programm.  
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 25 Pf.  
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.  
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.  
In den Resttagen: Großer Ball.  
Die Kasse ist geöffnet.  
Max Klem.

**Schweizer-Garten**  
Am Königsdör (Ringbahn) Am Friedriehshain.  
Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung.  
Jeden Mittwoch:  
Großes Familien- und Kinderfest.  
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.  
Jeden Abend von 10-11 Uhr:  
Robiakt.  
Der Robiakt!  
Ausstattungs-Bücherei mit Gesang in 3 Bildern von J. Gidner. — Musik von Max Schmidt.  
Volkshelustigungen aller Art. Im Saale: Ball.  
S. Günzel, Lothringerstr. 52. Specialität: Porträts (socialistischer Führer, etc.)  
Ermalte, Wenzl etc. in Gärten, Pflanz, Rosen, Broden, Rindgen, Bärten Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Reparatur. (Man verl. Preisverantw.).  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55-57.  
Größter Saison-Erfolg!!!  
Berlin lacht!  
und das reizende Presse-Ballett.  
Hierzu: Neues Specialit.-Programm. U. a. Robinson Baker-Trio. Japanesen Fuhushima Truppe. Werner-Amoros-Company etc. etc.  
Anfang 8 Uhr.  
Victoria-Brauerei  
Zitowstraße 111/112.  
Im Naturgarten oder Saal:  
Täglich Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger  
(Führmann, Horst, Walde).  
Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 M.  
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.  
R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“  
Konzertgarten u. Prachtjäle  
Badstr. 15. Gesundbrunnen. Badstr. 16.  
Täglich:  
Gr. Promenaden-Konzert.  
Jeden Donnerstag:  
Elite-Streich-Konzert.  
Sonntags: Großer Ball im neubauten Saal.  
Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten.  
R. Ballschmieders.

**Steinarbeiter.**  
Dienstag, den 1. August, abends 7 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:  
Öffentl. Versammlung.  
Tages-Ordnung: Berichterstattung der Vorkommnisse.  
J. A. F. Vorkauf.

**Prater-Theater**  
Kantien-Allee 7/9.  
Täglich: Dorns Rest. Boltschädel mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schütz, Musik von A. Reichen. Kostümbourette Freda, Lucie Sarow. Gebr. Milano, Graf Dietl. Tauma-Quartett, Geleit und Tanz. Die 3 Schönbrunn, humoristisches Bilderbuch. The 4 Flashes, Cyrcentric. Vendaro-Trio, Exercitien am Hand-Trapaz. Daniel-Truppe, Pantomime. Ballettgesellschaft Döring.  
Konzert und Ball.  
Entree wochentags und Sonntags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

**Pahlmanns Vaudeville-Theater**  
Inhaber P. Pahlmann.  
Schön-Allee 145, Kanton-Allee 97/99.  
Täglich:  
Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.

**Reichshallen.**  
Garten resp. Saal  
Täglich:  
Stettiner Sänger  
(Wesfel, Vietro, Britton, Ziehl, Krone, Rischmayer, Schneider und Schrader).  
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Vorher: Konzert.  
Entree 50 Pf., Vorverkauf für die Wochentage 40 Pf. Numeriert u. Loge 75 Pf. bis 2 Mr.  
Jeden Freitag: Neues Programm.

**W. Noacks Theater,**  
Brunnenstraße 16.  
Täglich: Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.  
Der Frauen-Kongress.  
Vollst. mit Gesang in 1 Akt v. Grogger. Neu! Neu!  
Die Lindenwirtin.  
Wiederpiel in 1 Akt von D. Richter u. E. Branne. Musik von R. Thiele.  
Im Saale: Tanzkränzchen.  
Sommer-Theater „Alter Dessauer“  
Artilleriestr. 32.  
Inhaber: A. Ladewig.  
Schattiger Garten Berlins.  
Täglich: Theater und Specialitäten-Vorstellung.

**W. Noacks Theater,**  
Brunnenstraße 16.  
Täglich: Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.  
Der Frauen-Kongress.  
Vollst. mit Gesang in 1 Akt v. Grogger. Neu! Neu!  
Die Lindenwirtin.  
Wiederpiel in 1 Akt von D. Richter u. E. Branne. Musik von R. Thiele.  
Im Saale: Tanzkränzchen.  
Sommer-Theater „Alter Dessauer“  
Artilleriestr. 32.  
Inhaber: A. Ladewig.  
Schattiger Garten Berlins.  
Täglich: Theater und Specialitäten-Vorstellung.

**Ostbahn-Park**  
Hermann Imbs  
71 Rüderrdorfer Straße 71, am Berliner Platz.  
Täglich: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.  
Nur erstklassige Nummern.  
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 20 Pf.  
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachst. 10 Pf.  
Jeden Dienstag:  
Norddeutsche Sänger.  
Germania Imbs, Direktor.

**Wedding-Park**  
Müller-Strasse 178.  
Jeden Dienstag:  
Norddeutsche Sänger.  
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.  
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

**Empfehle** Freunden und Bekannten mein Buch u. Baarbuch: **Reinhold Streit**, Rischtr. 22, früh. Raunysstr. 80. 22564\*

**Stempel-Fabrik** von 1740\*  
Robert Hecht,  
Berlin S., Cranienstr. 142.  
Nehet schnell und billig alle Arten Stempel  
in bester Ausführung.  
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Nachschreiben einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 Mr. an.

**Sophastoffe**  
und Kasse  
in Nive, Damast, Crepe, Phantastie, Gobelin und Wäld (vortbillig!) 1899\*  
Proben franco!  
in allen Qualitäten zu Hadestücken.  
Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.  
Emil Lefèvre,  
Gegen Wanzen hilft nur Chemiker Sanderhauf Wanzen-Bermittlungs-Gesellschaft (gesetzl. gesch.). Erfolg garantiert. Fl. 0,50, 1, 1,50, 3, 5 Mr., Verkauf 0,50 Mr. Gibt nur bei Paul Sanderhauf & Co., Große Frankfurterstraße 59. Ebenfalls die sichersten Mittel gegen Motten, Schwaben, Flöhe, Ameisen a 0,20-1,00 Mr.

**Dr. Simmel**  
Horstplatz,  
Land v. Aschinger 2 Treppen rechts.  
Specialarzt f. Haut- u. Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Soeben beginnt mit einem neuen Roman ein neues Abonnement auf

**NIEBENSTUNDEN**  
ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10 - PFENNIG UNTER DEN DOLOMITEN

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colporteurs und Speditoren, sowie durch die Post (Zeitungs-Katalog No. 3700) und den Verlag  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW., Bouth-Strasse 2.

**Kranzbinderei u. Blumenhandlung** von 16080\*  
**Robert Meyer,**  
No. 2. Mariannenstr. No. 2.  
Wohnungs-Kränze, Witkränze, Ballkränze, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

**5 1/2 Pf. Brot 50 Pfg.**  
H. Albrecht's Bäckerei  
Orangefarb. 9. Kranzl. 19.  
Goldsteinstr. 28. Sanftstr. 2.  
**Fahrräder**  
Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilsahl- ohne Preiberhöhung zu den constanten Zahlbedingungen. Katalog gratis.  
**Adomeit & Landau**  
Lothringerstr. 48 I.  
Nicht am Rosenhaleer Thor.



# Schloss Weissensee.

Sonntag, den 6. August 1899:

# Grosses Sänger-Fest

veranstaltet vom

## Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend

200 Gesangvereine. 4 Musikkapellen. Sängerfestzug. Massengesänge.

Volks- und Kinderbelustigungen aller Art.

## Brillant-Wasser-Feuerwerk.

Die Kaffeeküchen sind den geehrten Damen von früh 8 Uhr geöffnet.

10/15

Von nachmittags 4 Uhr ab in beiden Sälen **TANZ** gegen Nachzahlung von 50 Pfennig.

Laut kontraktlicher Vereinbarung steht der grosse anschliessende Nebenpark den Festteilnehmern zur Verfügung.

Billets vorher 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. Anfang 8 Uhr vormittags.

Fahrgelegenheit: Vom Königsthor bis Schloss Weissensee Pferdebahn 10 Pf., Ringbahnzüge, sowie Kresmer und Thorwagen je nach Bedarf.

Billets sind zu haben bei den Vorstandsmitgliedern: **Otto Rasche**, Mariannenstr. 23 (Cigarron-Geschäft); **Rob. Meyer**, Mariannenstr. 2 (Blumen-Geschäft); **Ad. Neumann**, Brunnenstrasse 150 (Restaurant); **Ad. Häbner**, Wilhelmstr. 134, Hof I, sowie bei allen Bundesvereinen und in den mit Plakat belegten Handlungen.

Abgabe der Billets an Vereine nur gegen Vorzeigung der Vereins-Bundes-Mitgliedskarte bei obigen Vorstandsmitgliedern.

## Achtung! MAURER. Achtung!

Wittwoch, den 2. August, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

### Grosse Versammlung

der Mitglieder der Zahlstellen Berlins und der Umgegend des Central-Verbandes deutscher Maurer.

1. Vortrag des Genossen **A. Hoffmann** über: „Auf was wir stolz sind.“ 2. Die Aussperrung in Dänemark. 3. Abrechnung vom Streit und Rechnungslegung des Kassierers vom zweiten Quartal. 4. Gewerkschaftliches. Guten Besuch erwartet

Die Verbandsleitung.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 3. August, abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Aderstr. 6-7: **Grosse öffentliche Versammlung**

der **Maurer Berlins u. Umg. (Vertrauensmänner-Centralisation).**

Tagesordnung: 1. Das Arbeitsregulativ der 18er Kommission und der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Bundes für das Maurer- und Zimmerer-Gewerbe. 2. Bericht der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission und die letzten Vorgänge in derselben. 3. Stellungnahme in Sachen des 1. Vertrauensmannes der Maurer Deutschlands contra Friesenleger-Streit.

Kollegen! Angesichts der so wichtigen und ersenen Tagesordnung ist es notwendig, daß Ihr sehr zahlreich und pünktlich erscheint.

Die Lohnkommission. J. A.: Fritz Kater.

### Schaufwirtschaft,

Gedächtnis mit 11 Saal, 18, da Inhaber zwei Geschäfte, sofort zu verpachten gegen Kaution resp. prozessiert zu verkaufen. Offerten unter B. 30 an Postamt 32 Berlin S. zu richten.



Jeden Dienstag und Freitag mit Musik **Dampfer-Extrafahrt** nach Muggelholm. Abfahrt 2 1/2 Uhr nachm. von der Stralauerstr. 5. Rückfahrt abends 9 Uhr. Billets 50 und zurück nur 50 Pfg.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin). Todes-Anzeige.

Am Sonntag verstarb im Krankenhaus Moabit unser langjähriges Mitglied, der Schloffer **Max Liebner**

an der Proletariatskrankheit. Ehre keinem Andenken! Die Beerdigung findet Mittwoch, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde statt.

### Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Unser Kamerad, der Zimmerer **Friedrich Schulze**

ist am 30. Juli nach längerem Leiden verstorben. Die Beerdigung findet Mittwoch, 2. August, nachm. 3 Uhr, von der Trauerhalle Brunnenstr. 46 aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Brincken-Allee, statt.

### Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein guter, lieber Mann, Vater, Sohn und Bruder, der Schloffer **Max Liebner**

am 29. Juli an der Lungen- und Nierenkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes zu Friedrichsfelde statt. Die trauernde Witwe u. Kinder.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Achtung, Baulöhler!

Mittwoch, den 2. August cr., abends 8 1/2 Uhr, bei **Cohn**, Beuthstraße 20/22:

### Vertrauensmänner-Versammlung.

Kollegen der Baubranche, setzet dafür, daß jede Werkstätte vertreten ist. Gleichzeitig werden die Vertrauensmänner ersucht, in Gemeinschaft mit ihren Werkstätten-Kollegen die bisher in ihrer Werkstätte gezahlten Preise zusammenzustellen und die nach ihrer Ansicht zu fordernden erhöhten Preise daneben zu setzen. Diese Tarife sind zu der Mittwoch-Versammlung mitzubringen.

### Osten u. Nordosten.

Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlung bei **Mann**, Straußbergerstraße Nr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obmänner. 2. Werkstätten-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstätte des Bezirks muß vertreten sein. NB. Die Vertrauensmänner der Bauwerkstätten werden ersucht, nach der Versammlung der Baulöhler zu gehen.

### Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, bei **Zubell**, Lindenstraße 106.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Branchen-Angelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen, es ist Eure Pflicht, daß jede Werkstätte vertreten ist. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mittwoch, den 2. August cr., abends 8 1/2 Uhr, bei **Herrn Dieke**, Ackerstraße 123:

Vertrauensmänner-Sitzung der Modell- u. Fabrik-Zischler. Die Wichtigkeit dieser Sitzung erfordert, daß jede einzelne Werkstätte vertreten sein muß.

## Drechsler.

Mittwoch, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr:

### Vertrauensmänner-Versammlungen.

Norden: bei **Herrn Hoppe**, Ackerstraße 145.

Die Kollegen des Herrn **Bornede**, Bernauerstraße 78, sind besonders eingeladen.

Osten: bei **Herrn Mühle**, Koppenstraße 41.

Die Kollegen folgender Werkstätten sind besonders eingeladen: **Kustin**, Wallfadenstraße 43; **Bleise**, Koppenstraße 31; **Börner**, Grüner Weg 65; **Drechsler**, Grüner Weg 70; **Hallensleben**, Frankfurterstraße 16.

Südosten, Westen u. Südwesten: bei **Herrn Th. Metzner**, Cranienstraße 184.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Bericht der Obmänner. 2. Der Streit bei Herrn **B. Hälserath**, Wallfadenstraße 25, und hat Herr Hälserath das Besprechen gehalten, was er der Kommission gegeben hatte? 3. Die im Monat Juli eingetretenen Differenzen einzelner größerer Werkstätten und wie hat die Kommission selbige erledigt? 4. Die in Aussicht stehenden Differenzen betreffs Lohnhöhung in einzelnen Werkstätten.

Werte Kollegen! In diese Versammlungen hat außer ob en bezeichneten Werkstätten, welche alle vollständig zu erscheinen haben, jede Werkstätte mindestens einen Vertrauensmann zu entsenden. Die Handwerker-Werkstätten haben ganz besonders dafür zu sorgen, daß Vertreter aus diesen anwesend sind.

### Verein deutscher Schuhmacher.

Mittwoch, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassensbericht vom 2. Quartal. 2. Angelegenheit Rauer. 3. Taffcher Boplatz. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

### Möbel und Polsterwaren.

Großes Lager. Arbeit, äußerst billige. **A. Schulz**, Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!

## Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen Doppelt.

### Verkäufe.

**Baukelle** (Vorort Jevernik), dicht an der Bahn, 10,00, von 60 Ruten an. **Erz.** Straußbergerstr. 9. 1045b

**Halbrenner**, gut erhalten, billig zu verkaufen Gartenstraße 39 111. rechts. 1047b

**Teppich**, prachtvoller, Raumhof, Große Frankfurterstraße 9. 1045b

**Nähmaschinen**, Singer-Hingebill, Bobin Schnellnäher, Adler, Welter-Wilton. Teilzahlung ohne Anzahlung. Bekleidung Postkarte, Granowald, Plantagenstraße 42. 100\*

**Trauringe** nach Maß sofort Goldschmiedestraße 33 parterre. 478\*

**Möbel** und Polsterwaren, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Zugauer, Brunnenstraße 152. 1070b

**Stegdecken** kauft man direkt vom Anfertiger. Schmeißler, Blumenstraße 13. 1067b

**Engschmuckte** Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Weissenhof, sehr tadellos, von 1,10 an. Ebenfalls Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,20. Handstickerei, Wälschhofstr. 20, Alexanderstraße 30, Vorderhaus, 1 Treppe 712\*

**Strickmaschinen** für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Brederer, Engelshofstr. 20. 713

**Drehbänke**, Senfenerberger Revier, 1000 Stück 4,50, 5,50, allerdings nur 0,75, liefert von 2000, frei Keller gepackt Fischer, Remelerstraße 7, Fernsprecher VII 2012. 602\*

**Gasföcher**, Sparsystem, Jwelloch 6,00, Dreifach 10,00, Gasplättchen sehr billig. Gasföcher 10,00 M. Teilzahlung. Wollauer, Wallnerstraße 20/27. (Rein Laden.) 1314b

### Vermischte Anzeigen.

**Elektra**. Neuer Abendkursus für Elektromontage und Installation. Pringensstraße 55. Prospekt. 64K\*

**Elektrotechnik**. Am 2. August beginnt ein auf 6 Monate berechneter Abendkursus. Keine Vorkenntnisse. Vorträge über Theorie, praktische Ergebnisse, Prüfung, Abgangzeugnis. Stellennachweis. Anmeldung persönlich am Sonntag, Jackson, Alte Jakobstraße 24. 1032b\*

**Vereinzimmer**, 40 Personen fassend, frei. Gustav Adewitz, Kommandantenstraße 65, nahe Alte Jakobstraße. 1062b\*

**Privat**, Mittagsstisch von 12-3, Borlon 35 Pf. Oranienstraße 178. I. Damen separate Zimmer. 77K\*

**Zuchabfälle** kauft Broderer, Doppelreiterstraße 16. 432\*

**Kassieren** 5 Pf. Haar schneiden 20, Kinder 10, 15 Pf., schnell, sauber. Nur Dresdenerstraße 3, direkt Kolonnenstr. 20. 202

**Unfallfächer**, Klagen, Eingaben Puffer, Steglitzerstraße 65. 1123b\*

**Maschinenerei** für Herrensartene in guten englischen und deutschen Stoffen. A. Käferow, Annenstraße 26, parterre, gegenüber Thalia-Theater.

**Leitungs-Marken** und Kautschuk-Stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Vereine Jean Holz, Hamburg, Große Dreißbahn 45. Jubiläumspreis Freidilthen gratis. 134/1

**Kadefahr**, Lehrinstitut, Siedingstraße 7 (Bahnhof Weißelstraße). Kursus 4 Mark. 1531b

**Elektrotechnik**. Neuer Abendkursus. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

### Vermietungen.

#### Zimmer.

**Flurzimmer**, möbliert, 12 Mark, verleiht Köfel, Oranienstraße 197, Feinstraße 63. 633

**Ein leeres** Zimmer sofort zu vermieten Seefahrerstraße 9 bei Grundner. 723

#### Schlafstellen.

**Möblierte** Schlafstelle, sofort, Admiralstraße 21, vorn III, Witwe Hebermann. 1045b

**Freundliche** Schlafstelle bei allein stehender Frau Stalgerstraße 144, Hof I rechts. 1035b

**Freundliche** Schlafstelle, Wasserthorstraße 63, vorn IV, Witwe Biffert.

**Billige** Schlafstelle für Herren, separat, Wollnerstraße 67 vorn III, Frau Jordan. 1054b

**Möblierte** Schlafstelle an Herrn Reichenbergerstraße 155, Cnergebäude 2 Treppen, Oberreich. 1057b

**Schlafstelle**, separat, allein, Reichenbergerstraße 142, Seitenflügel 4 Trepp. rechts. 1056b

**Billige** Schlafstelle für Herren, separat, Raumstraße 60, vorn 4, Witwe Eise. 1055b

#### Arbeitsmarkt.

**3,50** Feuerversicherung Bauhenerstraße 3. 93/1\*

**Zuchtige** Xylographen verlangt G. Baubour. 1049b

**Trigent** gesucht vom Gesangsverein Oberdionewide, an einem Tag in der Woche, außer Sonnabend. Offerten erbittet Gustav Wagener, Edlsonstraße 5. 812

**Goldbleiben**. Tüchtige Belegerrinnen sowie Schloffer finden dauernde Beschäftigung Köpenickerstraße 109a.

**Grundruderer** für Goldbleiben verlangt Frau, Blumenstraße 32. 1051b

**Korbmacher** finden sofort auf Rügenbrde Beschäftigung. Calm u. Hülshelb, Wollwaren-Fabrik Bernburg. 1051b\*

**Warenarbeiter** für bessere Gewerke gegen Vorzeigung von Probearbeit finden dauernde und lohnende Beschäftigung Orler & Hübemann, Rurstraße 47/48, vorn III. 1042b

**Tüchtige** Verarbeiter und Verarbeiter verlangt Max Veinhard, Goldbleibenfabrik, Schleierstraße 12.

**Treppdecken** - Handarbeiterinnen gesucht Reubelschloßstraße 1. 78K\*

**Wamsells** auf waltierte Häder (sauber arbeitend) verlangt Königsbergerstraße 20 I. 1059b

**Wamsells** auf bessere Jacketts verlangt Peters, Wollenerstraße 30.

**Knabenpaletts** - Arbeiterinnen verlangt Freitag, Königsbergerstraße 21a. 1050b

**Plätterinnen** auf geschweifte Umlegebogen im und außern Hause verlangt Max Treppe, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgebäude IV. 1015b

**Plätterin** verlangt Hoffmann, Wollenerstraße 11, IV.

**Kartonsarbeiterinnen**, geübte, sind dauernde Beschäftigung. Greiffenbagen, Stallstraße 68. 95/14\*

**Junge** Mädchen erlernen unter günstigen Bedingungen die Kartonsarbeit. Greiffenbagen, Stallstraße 68. 95/15\*

Zur Verwaltung meines Hauses auf dem Lande Frau ohne Anhang gesucht. Schmidt, Bismarckstraße 18.

Weitere Frau für nachmittags bei Kindern gesucht. König, Oranienstraße 25. 1044b

Junges Mädchen zu leichter Köcherei verlangt Anna Ernst, Wollhof, Petersburgerstraße 24. 1041b

**Zur Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

### Lohnender Verdienst.

Solche Parteigenossen, welche den Betrieb einer Partefabrik übernehmen wollen, werden an allen Orten Deutschlands sofort gesucht. Literarisches Bureau, Nürnberg, äußere Postreutherstr. 1. 2253 U\*

Zu einer großen Automobilfabrik in Oesterreich findet ein tüchtiger

### Arbeiter

der im Motorbau und Montieren von Motoren bewandert ist, dauernde und lohnende Beschäftigung. Anträge mit Angabe von Referenzen und Ansprüchen unter „W. A. 3422“ an Rudolf Mosse, Wien.

### Achtung, Holzarbeiter!

In der Baulöhlererei von **Lubach & Co.**, Ratiobörse 19, haben sämtliche Löhler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. **Zuzug ist fernzuhalten.**

Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

### Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

**Osten:** Robert Wengels, Frankstr. 30, O. Vogel Wwe., Koppenstr. 63. Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

**Nordosten:** J. Reul, Barnimstr. 42.

**Norden:** W. Gahnemann, Grünhägerstr. 65. Karl Mars, Sahnen-Allee 95/96. Emil Stolzenburg, Wiefenstr. 14. S. Dehndt, Ruheplatzstr. 24. G. Vogel, Demmerstr. 32. H. Tich, Juppoldenstr. 124.

**Nordwesten:** Karl Anders, Salzweberstr. 8.

**Südwesten:** F. Chueforge, Bergmannstr. 21, O. II. G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

**Süden:** Hans Baake, Dresdenerstr. 52/53. F. Gutschmidt, Kotlauer Damm 8.

**Südosten:** Fritz Thiel, Säligerstr. 35. W. Gelske, Brangelstr. 58. Martin Wehna, Adalbertstr. 24.

**Centrum:** P. Gorch, Wipstr. 27. Charlottenburg: Gust. Schramberg, Schillerstr. 94 I. H. Tich, Katter Friedrichstr. 37 b.

**Friedenau:** G. Bernice, Rammstr. 15. Friedrichsberg: Anton Kopp, Friedrichstr. 4. Pankow: Rummert, Koller Friedrichstr. 15. Rixdorf: G. Oermann, Gröhr. 6. G. Kesperow, Hermannstr. 50. Schöneberg: Wilh. Bäumer, Apollon-Paulstr. 13. Weissensee: Heinrich Bachmann, Leberstr. 1. Julius Schaller, Königspalast 10a. Hob. Viehschager, Guban-Adolfstr. 16.